

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
ladung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Deutsche Republik.

„Deutsche Republik, wir alle schwören:
Deiner Tropfen Blut soll dir gehören!“

So lang, als er aus dem hundertjährigen
Kriege heimkehrte in das von den Hohenzollern
und Wittelsbachern und den anderen Landesvätern
befreite Deutschland, in überquellender Begeisterung
Karol Pröger, der sonnfeine Arbeiterdichter. Er war,
als er das Gedicht „Sein Lehr und Gelöbniß“ schrieb,
Kämpfer der Begeisterung und des freudigen
Bekennnisses zur Republik der großen Massen
der Arbeiter Deutschlands. „Die Republik! Die
Republik!“ So hatte achtzehnhundertachtund-
vierzig Ferdinand Freiligrath gefungen — so
jauchzten nun Millionen deutscher Proletarier.

Träger des republikanischen Gedankens,
Kämpfer für ihn, Schützer der jungen deutschen
Republik und Verteidiger ihrer Symbole waren
und sind die Arbeiter. Dieser Kampf für die
Republik war notwendig. Die Arbeiter, die
grundtätigen Gegner aller Vorrechte, der des
Besitzes und der Geburt sind, waren selbstver-
ständlich Feinde der Fürstentümer und
waren es in Deutschland, das ein gekönter
Kaisertum in den mordensüchtigen aller Kriege
gegründet hatte, nach dem Wiederaufstieg aus
diesem Blutmeer mit aller Leidenschaft des
Hirns und des Herzens. Der Kampf für die
Republik war aber notwendig vor allem
deshalb, weil die demokratische Republik den
Arbeitern weit günstigeren Kampfbedingungen
bot, als der monarchistische Obrigkeitsstaat. Aber in
diesem notwendigen Kampfe trübte sich nicht
selten der Blick der Arbeiter, wurde nicht selten
die Form für den Inhalt gehalten, in der
demokratischen Republik das letzte Ziel des
politischen Kampfes des Proletariats gesehen.
Nicht selten schien es, als würde das proleta-
rische Volk verblenden neben den Farben der
Republik, neben Schwarz-Rot-Gold. Auch in
Deutschland gewann der Staat, die Republik,
oft mythische Gestalt, wurde der Staat, der nun
Republik geworden war, zu einer überpartei-
lichen, über den Klassen stehenden Einrichtung
— im Denken nicht weniger Arbeiter.

Der Traum vom republikanischen Volks-
staat, der allen Volksgenossen gehört, der Traum
von republikanischer Gleichheit ist jetzt ange-
träumt. Auch jene großen Schichten des deutschen
Bürgertums, die nicht wie die Demokraten und
das Zentrum sofort nach dem Zusammenbruch
der Monarchie erkannt hatten, daß die Zeit der
Kaiserkraft für immer dahin ist — auch jene
Päpste und Junker, die von der Wiederkehr
der Hohenzollern geschwärmt hatten, haben nun
verstanden gelernt, daß die neue Staatsform zu
fest begründet ist im Denken und Willen ge-
waltiger Volksmassen, als daß sie wieder be-
seitigt werden könnte und haben sich mit der
Republik abgefunden. Sie haben erkannt, daß
auch eine Republik — und wenn man sie lau-
sendmal „Judenrepublik“ geschimpft und ihre
Fahnen unzählige Male in den Not getreten hat
— nichts Schreckliches für Gutsherren und
Fabrikanten, für Finanzleute und Großhändler
ist, wenn man sie beherrschen kann! Also schick-
te sie sich an, die von den Arbeitern geschaffene
Republik in Besitz zu nehmen.

Mit der Bildung eines Reichsbundes,
den mit Ausnahme der Demokraten alle große-
ren bürgerlichen Parteien angehören, mit der
Bildung einer Regierung, der auch die Deutsch-
nationalen angehören, ist — unter wertvoller
Hilfe des lieben alten Hindenburg, der sich als
trefflicher Anwalt der Kapitalisten erwies —
auch in Deutschland die offene
Klassenherrschaft der Besitzenden
aufgerichtet worden. Das Bürgertum
Deutschlands hat bewiesen, daß es den Inhalt
über die Form zu stellen weiß, daß es sich auch
mit der republikanischen Staatsform, so wenig
Sympathien es bisher für sie aufzubringen ver-
mochte, auszuöhnen vermag und sogar zu ihrer
Anerkennung bereit ist, wenn es aus dieser als
Vollstaat von Millionen Arbeitern, als Voll-
staat gebildete Republik den Staat seiner
Klassenherrschaft zu wiedererlangen.
Keine Entwicklung, die überraschen könnte.
Nichts ist selbstverständlicher, als daß das Bür-

gertum auch in der Republik nicht abzudanken
gewillt ist, daß es auch die Republik sich dienst-
bar macht. Es ist auch keineswegs erstaunlich,
daß die große katholische Partei
Deutschlands, das Zentrum, sehr
aktiv an der Schaffung des Bür-
gerbundes mitwirkte. Ja, das Zentrum
hatte es nicht leicht, es hat zwei Millionen
katholische Arbeiter in seinen Reihen, die Repu-
blikaner und Demokraten sind — anders
als unsere „christlichen“ Arbeiter — auch für
ihre Interessen zu kämpfen verstehen und die
Bildung der Reichsregierung sehr misstrauisch
ausnahmen. Deshalb mußte das Zentrum da-
für sorgen, daß in den „Richtlinien“, die die
Grundlage der Verständigung zwischen den Bür-
gerpartei bildeten, auch ein paar schöne Sätze
über die Sozialpolitik aufgenommen wurden —
schön klingende, aber nichts Bestimmtes sagende
Worte. Mit der Erfüllung ist es etwas anderes.
Das Zentrum hofft die rebellischen katholischen
Arbeiter schließlich doch wieder mit dem bisher
nie verlassenden Hinweis auf die Gemeinsamkeit
des Glaubens zu bändigen. Nicht umsonst ist
das Zentrum eine alle Schichten umfassende
„Volkspartei“. Zweck einer jeden sol-
chen „Volkspartei“ ist es, die
Armen in die Gefolgschaft der
Reichen zu bringen, die Arbeiter
den Kapitalisten politisch hörig
zu machen. Die Arbeiter haben für das Zen-
trum gestimmt, weil es die Partei der Katho-
liken ist, nicht aber, um gemeinsam mit jenen
besetzten Arbeitern und Angestellten, die den
Deutschnationalen nachlaufen, den Besitzenden
zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft zu hel-
fen. Auch bei uns haben ja die christlichen Ar-
beiter, die armen alten Weiblein nicht christlich-
sozial gewählt, weil sie Sehnsucht nach Ver-
teuerung des Brotes und Preisgeben ihrer na-
tionalen Forderungen hatten, sondern sie stimm-
ten „für ihren Glauben“. Hier wie in Deutsch-
land ist der Glaube der armen Leute, ist die
Religion der christlichen Proleta-
rier in den Händen geschickter po-
litischer Pfaffen das große Mittel
des Betruges der Arbeiter. Sehr an-
schaulich zeigt die Bildung der deutschen Reichs-
regierung durch den Zentrumsführer Marx,
daß jede sogenannte „Volkspartei“, seien in ihr
auch die proletarischen Massen noch so stark, eine
Partei des Betruges der Massen ist. Und der
Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien
Deutschlands zu einem Bürgerbund zur Beherr-
schung des Staates zeigt den Arbeitern — und
wahrlich nicht nur den Arbeitern Deutschlands!
— den Klassencharakter eines jeden Staates —
auch der demokratischen Republik — und selbst
dann wenn eine Arbeiterpartei in bestimmten
Situationen zur Regierungsbeteiligung gezwun-
gen ist. Auch die demokratische Republik ist, so
lange in ihr nicht die Arbeiterklasse zum ent-
scheidenden, Politik und Wirtschaft bestimmenden
Faktor geworden ist, ein Instrument der
Klassenherrschaft des Bürgertums.

„Deutsche Republik, wir alle schwören:
Deiner Tropfen Blut soll dir gehören!“

Die Aufrechterhaltung der unverhüllten Klassen-
herrschaft der Bourgeoisie sagt den Arbeitern
Deutschlands, daß sie ihren letzten
Tropfen Blut sich für andere
Kämpfe aufsparen müssen: für
den Kampf um die Herrschaft der
Arbeiterklasse in der Republik,
für den Kampf wider die Bour-
geoisie, die es so schön verstand, sich in der
von ihr nicht gewollten Republik häuslich ein-
zurichten, für die Erfüllung der neuen Form
mit einem neuen Inhalt.

Es wäre töricht, nun die Demokratie zu
schmähen, weil es das Bürgertum so klug ver-
stand, sie sich dienstbar zu machen. Nein, die
Demokratie bleibt der wertvolle Kampfbo-
den für die Arbeiter, und je eifriger das Bürgertum
bestrebt ist, die Demokratie zu verfallenen, sie
abzubauen, weil es sich dessen wohl bewußt ist,
daß eine Herrschaft im demokratischen Staate
nur von beschränkter Dauer sein kann, um so
wertvoller wird für die Arbeiter die Democra-
tie, um so zäher müssen sie die Demokratie

verteidigen. Aber sie darf ihnen nicht als
letztes Ziel erscheinen, sie darf ihnen nie
mehr sein, als der Weg, der zu den
proletarischen Zielen führt.

Warnung vor der Ueberschätzung der Form,
Warnung, gerade in der Republik nicht zu ver-
gessen, daß der Klassenkampf das Element des

Lebens und die Vorbedingung des Sieges des
Proletariats ist, ist die Entwicklung der deut-
schen Republik zur Bourgeoisrepublik.

Warnung und Mahnung für die Arbeiter
in allen Republiken, auch in der tschechoslowa-
kischen, in der diese Entwicklung sich rascher voll-
als in großen Nachbarstaaten.

Die Schande der Bodenreform.

Die Forderungen der arbeitenden Landbevölkerung.

Sonntag und heute tagen in Prag die
Vertreter der deutschen Kleinbauern, Hän-
sler und Landarbeiter. Am ersten Verhand-
lungstage wurde die Stellungnahme der
Bodenreform beraten, was ein erschreckendes
Bild der Ungerechtigkeit und Willkür zu-
tage brachte, worüber die Leser an anderer
Stelle das Nähere finden. Nachfolgend
brachten wir die Entschliessung ab, die nach
dem Referate des Abg. Gen. Schwelchhart
und einer lebhaften Debatte, einstimmig zur
Annahme gelangte:

Die in Prag tagende Reichskonferenz des
kleinen Landvolkes erklärt feierlich: Die tschecho-
slowakische Bodenreformgesetze entsprechen inhalt-
lich und in der Praxis nicht den Absichten
einer sozialen Agrarreform.

Die tschechoslowakische Bodenreform verfolgt
jedoch die durch zahllose Belege erwiesene Absicht,
unter Ausschaltung jedes gesetzlichen Anspruches
auf beschlagnahmten Grund und Boden der Re-
gierung einen großen Teil des Volkver-
mögens für ihre machtpolitischen Zwecke
anzuschiefern.

Unter dem Regime der allnationalen Koali-
tion wurden die Bodenreformgesetze zu einem
unbrauchbaren Instrument brutalster tse-
chisch-nationalistischer Politik. Zehntausende
deutscher Kleinlandwirte, Häusler, land-
und forstwirtschaftlicher Arbeiter sind die be-
dauerndsten Opfer dieses unheilvollen Miß-
brauches dieser Bodenreform geworden. Rücksichts-
los wurden sie um ihre Pachtfelder und Arbeits-
stellen gebracht, ihre nur allzu sehr begründeten
Ansprüche auf Zuweisung von Grund und Boden
zugunsten minder qualifizierter tschischer Be-
werber abgewiesen, ohne Erbarmen wurden sie aus
den Wohnungen vertrieben, kurz, nach jeder Rich-
tung hin aufs tiefste wirtschaftlich und kulturell
getroffen.

Die Bodenreform, die in vielen anderen
Staaten eine große soziale Wohltat bedeutet, ist
hierzulande zu einem schrecklichen Instrument des
tschisch-nationalistischen Verdrängungskampfes
ihres kleinen Landvolkes geworden, aber auch zu
einem infamen Mittel struppeliger Bereicherung
gewissenloser Spekulanten, zu einer stinkenden
Quelle ärgerer Korruptionen und
Protektionswirtschaft.

Gegen den unerhörten Mißbrauch der Boden-
reform zu tschisch-nationalen Zwecken, gegen die
unverhüllte Verschacherung deutschen Bodens haben
auch jene deutschen Parteien, welche heute neben
ihren kapitalistischen Klassengenossen der anderen
Nationen in der Regierung sitzen, durch Jahre hin-
durch stürmischen Protest erhoben. Auch sie brand-
markten das System der wirtschaftlichen Unter-
drückung des deutschen Landvolkes mit Hilfe der
Bodenreformgesetze auf das schärfste. Immer wie-
der verlangten sie eine Kontrollmöglichkeit über
das Bodennam, begehrten die endliche Renovation des
Verwaltungsausschusses durch das Parlament.
Allerdings muß hervorgehoben werden, daß man
von dieser Seite auch vielfach die ganzliche Ein-
stellung der Bodenreform verlangte.

Durch den Mund des Abgeordneten Hier-
hut haben die Landbündler am 23. November
1926 im Parlament erklären lassen, daß sie für
das vom Standpunkt der deutschen Bevölkerung
„so niedererschütternde Ergebnis der Bodenreform“
die Verantwortung bis zu ihrem Eintritt in die

Regierung ausdrücklich ablehnen. Das heißt mit
anderen Worten, daß die Landbündler von ihrem
Eintritt in die Regierung an die Verantwortung
für die weiteren Ergebnisse der Bodenreform über-
nehmen.

Daran anknüpfend konstatiert die Konferenz
offen und einmütig: Seit dem Moment, wo die
deutschen Landbündler, Christlichsozia-
len und Gewerkepartei die antisozialisti-
sche Front der tschischen Regierungsparteien
verstärkt haben, hat sich die für das deutsche Land-
volk derart verhängnisvolle Methode des Staats-
bodenam's nicht im mindesten geändert.
Koch wie vor werden die deutschen Bewerber, Ge-
meinden und Einzelpersonen brüst zurückge-
worfen, Pachtfelder weggenommen, Arbeiter entlassen und
aus den Wohnungen verjagt. Das einzia schickbare
Ergebnis des Wirkens der deutschen Regierung-
sparteien in bezug auf die Bodenreform besteht
darin, daß Klöster ungeschoren bleiben, das heißt,
daß dort die Aufteilung des beschlagnahmten
Grundbesitzes nicht erfolgt. Von der früher so für-
misch geforderten Wiederentmachung des Boden-
reformrechtes ist keine Spur zu sehen. Die das
deutsche Volk so schwer schädigende Wirtschaft des
Bodenamtes geht kontrolllos weiter.

Diese letztere bittere Erfahrung des kleinen
Landvolkes steht mit der Versicherung der deutschen
Regierungsparteien, daß sie für das gesamte deut-
sche Volk wirken, in schroffem Widerspruch. Die
deutschen Kleinlandwirte, Kleinpächter und Hän-
sler werden dadurch in ihrer Ueberzeugung gestärkt,
daß diese Parteien überhaupt kein Interesse an
einer sozialen gerechten Bodenver-
teilung haben, welche die wirtschaftlich schwache
Landbevölkerung aus ihrer bisherigen Abhängigkeit
befreien würde. Sie sind aber entschlossen, ihre
wohlbegründeten Ansprüche gegenüber einer
deutsch-tschechischen Regierung ebenso zu verteidigen,
wie gegenüber den Regierungen der allnationalen
Koalition. Sie beharren unerschütterlich auf ihren
gerechten Forderungen, welche die Reichstagung in
folgenden Punkten zusammenfaßt:

- 1) Rektion der Bodenreformgesetze und der
bisherigen Zuteilung zur Wiederentmachung des
verübten Unrechtes.
- 2) Unparteiische Bodenzuteilung auch an
deutsche Bewerber bei voller Berücksichtigung des
Bodenbedarfes der Kleinlandwirte, Landarbeiter
und der Gemeinden.
- 3) Vertretung der deutschen Kleinlandwirte
und Häusler, sowie der landwirtschaftlichen Ar-
beiter im Bodennam durch eine unverzügliche
Renovation des Verwaltungsausschusses.
- 4) Uebertragung der Zwangspachtgründe
ins Eigentum der Pächter, schleunigste Beendi-
gung der Einlösung langjähriger Pachtgründe.

Die Tagung hebt ausdrücklich die Erkenntnis
hervor, daß das kleine Landvolk im Kampfe um
diese lebenswichtigen Forderungen vorläufig auf
sich selbst und auf die Bundesgenossen-
schaft der sozialdemokratischen Ar-
beiterpartei angewiesen ist. Nur die Ver-
einigung aller Kräfte kann zum Erfolge führen.
Die Parteien aber, die trotz aller früheren Ver-
sprechungen diese Lebensnotwendigkeiten der deut-
schen Landbevölkerung mißachten, werden sich für
jedes neue Unrecht, das uns angetan wird, vor
dem arbeitenden Volke und vor der Geschichte zu
verantworten haben.

Eine Heerschau des arbeitenden Landvolks.

Tagung der deutschen Kleinbauern, Häusler und Landarbeiter in Prag.

Die Regierung des Bürgerbodens hat nicht nur im Industrie- und Arbeiterproletariat, sondern auch unter den Proletariern des Landvolkes die heftigste Abwehr erweckt sowie die Erkenntnis, daß die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Schichten des Proletariats eine noch engere werden muß als bisher. Um nun auf dem Lande all die kleinen Leute, all die Unterdrückten zu sammeln und Richtlinien für die künftige Arbeit zu schaffen, wurde für diesen Samstag und Sonntag eine Tagung des Verbandes der Kleinbauern und Landvolkes, des Verbandes der Land- und Forstarbeiter und der Vertreter jener Bezirksorganisationen, deren Wirkungsbereich auch ländliche Gebiete umfaßt, einberufen.

Die Tagung findet in Prag, im Prinefsaal statt, der schon vor Beginn der Verhandlungen von den Delegierten überfüllt ist. Aus allen Teilen des Landes, aus dem Böhmerwalde, aus West- und Nordböhmen, aus den Gebirgsgegenden Nordwestböhmens, aus Nord- und Südmähren, aus Schlesien waren die Menschen, denen man es ansehnt, daß sie jahraus jahrein schwer arbeiten müssen, herbeigeeilt. Die prächtige Kampfstimmung, welche die Männer der Arbeit erfüllt, macht sich immer wieder in lebhaften, kräftigen Zwischenrufen geltend, die Debatte zeigt, welchen Samen erprobt, die Interessen der arbeitenden Menschen erfassender,

intelligenter Vertrauensmänner die sozialistische Bewegung auch auf dem Lande

hat. Es ist eine Freude für jeden Teilnehmer zu sehen, wie tief die Männer, welche dem kleinen Stückchen Boden, das sie besitzen, Ertrag abringen, von den Ideen des Sozialismus durchdrungen und bereit sind, Seite an Seite mit dem Industrie- und Arbeiterproletariat alle Schlachten gegen die kapitalistischen Reaktionen und die bürgerlichen Parteien von Stadt und Land zu schlagen. Was man da hörte, wurde zu einer

erschütternden Anklage des Regierungssystems in der Tschchoslowakei.

Die ganze Welt sollte erfahren, was man bei uns Bodenreform nennt und wie das deutsche arbeitende Landvolk bei dieser sogenannten Bodenreform betrogen wurde.

Kurz nach drei Uhr eröffnete der Vorsitzende des Verbandes der Kleinbauern und Häusler, Gen. Abg. Leibl die Tagung. Schon lange vor es, wie er ausführte, der Wunsch aller, eine Tagung zustandzubringen, wo sich die landwirtschaftlichen Arbeiter, Kleinbauern und Häusler sowie die Vertreter der Partei zusammensünden. Die Kleinbauern und Häusler sind die natürlichen Bundesgenossen der Arbeiterklasse, sie haben ein Interesse an sozialer Gerechtigkeit, an billigen Lebensmitteln, kurz an allen Lebensinteressen der Arbeiter. Waren die kleinen Landwirte bisher ein Werkzeug in den Händen der Besitzenden, so wollen sie sich nun einreihen in die Kampftruppe des Proletariats. Der Zweck der Tagung ist, Richtlinien zu schaffen, nach welchen wir weiter arbeiten können.

Hierauf wird an die Wahl des Präsidiums geschritten und einstimmig zum Vorsitzenden Genosse Leibl, zu seinem Stellvertreter Genosse Uhl, zum Schriftführer Genosse Křasina und zu seinem Stellvertreter Genosse Paul (Dux) gewählt.

Namens des Vorstands der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßt die Tagung Genosse Hájek. Er führt aus: Die kapitalistischen Parteien müssen irgend einen Schild haben, hinter dem sie ihre wahren Absichten verbergen. Entweder ist es das Christentum oder das Deutschtum oder die Liebe von der Dorfgemeinschaft, die dazu erfinden ist, um die Kleinen an den Wagen der Großen zu spannen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Lügengewebe zu zerreißen, damit die Armen und Unterdrückten im Lande erkennen, daß ihre geschichtliche Sendung nur an der Seite der Arbeiter erfüllt werden kann. Je mehr dies die Massen auf dem Lande begreifen, desto fester wird die Kampfgenossenschaft zwischen industriellem und ländlichem Proletariat werden.

Namens der Gewerkschaftskommission begrüßt die Anwesenden Genosse Schäfer: Die deutschen Regierungsparteien berufen sich darauf, daß sie die die Bauernfragen von Wesen des arbeitenden Volkes sind. Gerade aber sie schieden sich zu einem groß angelegten Angriff gegen die sozialistische Bewegung an. Die Gewerkschaften haben ein ganz anderes Interesse, daß nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch jene, die ihrer Klassenlage nach zur Arbeiterklasse gehören, die Kleinbauern und Häusler, den Strich ziehen zwischen sich und den politischen Parteien der bestehenden Klassen, die nichts anderes sind, als die wahren kapitalistischen Interessen.

Namens der Bezirksorganisationen Prag begrüßt die Konferenz Genosse Siegl.

Hierauf geht die Konferenz in die eigentliche Tagesordnung ein. Zu Worte gelangte Genosse Abgeordneter Schwarzhart mit seinem Referat über

Bodenreform und deutsch-tschechische Regierung.

Er führt aus: Die Bodenreform ist eine eminente soziale Frage. In allen Zeiten der Menschheitsgeschichte wird um den Grund und Boden gekämpft. Dort wo der Boden in den Händen von Großgrundbesitzern konzentriert wird, die

Arbeiter unterdrückt. Darum streben wir an, daß der Grund und Boden der Allgemeinheit gehört. Diesen Zweck hat die Bodenreform in der Tschchoslowakei nicht. Für diese sind ausschließlich nationale Motive maßgebend gewesen. Nach Mitteilungen des Präsidenten des Bodenamtes sind im ganzen vier Millionen Hektar, davon der größte Teil Wälder, beschlagnahmt worden. Davon wurden bis Ende September 1926 580.000 Hektar verteilt, wovon aber 22 Prozent auf Restgüter entfielen. Für die Verteilung verblieben noch 160.000 Hektar. In der Verteilung der 1927 Restgüter liegt eine Quelle großer Korruption und Protektion. Was da geschah ist, hat mit Bodenreform nichts zu tun. 90 Prozent der Restgüter sind an Angehörige der Agrarpartei verteilt worden. Von den Wäldern sind bisher 156.000 Hektar veräußert worden, 19.000 Hektar haben die Bezirke und Gemeinden bekommen, es verbleiben noch 2,1 Millionen Hektar Waldboden, Teiche usw., die der Verteilung harren. Die Deutschen üben ihre Bevölkerungszahl und Siedlung nach auf ungefähr 30 Prozent des Bodens Anspruch gehabt, zugewiesen wurden ihnen höchstens zwei bis drei Prozent. Das Kennzeichen der gesamten Bodenreform ist, daß kein Mensch irgend einen Anspruch auf irgend etwas hat. Große Flächen hat man tschechischen Großgrundbesitzern zugewiesen, welche mit dem Boden Handel treiben und ihn weiterverkaufen. Was die Leute, die sich bedrückt haben, durchgemacht haben, ist ein Martyrium. Was sich da ereignet hat, ist

eine solche Fülle von Ungerechtigkeiten, daß man laut aufschreien muß.

Ein neuer tschechischer Landadel beginnt sich zu entwickeln, der der verächtlichste Träger einer volksfeindlichen Politik ist.

Was hat sich hierin geändert, seitdem Landwirtschafter und Christlichsozialen in der Regierung sind? Eine notwendige Folge hätte eine Umkehr in der Praxis des Bodenamtes sein müssen. Aber die Umkehr besteht nur darin, daß ein paar Christlichsoziale Großgrundbesitzer den beschlagnahmten Boden zurück erhalten haben. Sonst ist alles geblieben wie früher. Was haben die bürgerlichen Parteien alles gefordert und was haben sie bekommen? Redner führt diesbezüglich verschiedene Fälle an. So sind im Westböhmischen Bezirk erst in jüngster Zeit die deutschen Bewerber leer ausgegangen, ja die deutschen Kleinbauern haben ihre Pachgründe sogar verloren. Alles bekommen Tschechen. Dasselbe ist in Südmähren. Auf tschechischen Gütern werden deutsche Pächter gekündigt und tschechische angeheiratet. Man verlangt von deutschen Bewerbern Geld für den Sockel oder daß sie ihre Kinder in die tschechischen Schulen schicken, damit sie auch nur Aussicht haben, etwas zu bekommen. Bewandte der Beamten der Jänner Distriktsstelle werden mit Grund und Boden verpfändet. In Bolepp bei Leitmeritz ist ein Gut Engoman. Dort wohnt in einem Stübchen eine tschechische Arbeiterin, die seit ihrem sechsten Lebensjahr dort gearbeitet hat. Von 1852 bis 1923, also

durch volle 71 Jahre hat sie gearbeitet. Nun ist ihr die Wohnung gelündigt worden.

Zum Dank für 71jährige Arbeit will man die Arbeiterin — Elisabeth Waimra ist ihr Name — auf die Straße setzen. Die Wirtschaft des Bodenamtes geht kontinuierlich weiter. Gerade das aber, daß sich unter dem Regime der bürgerlichen Parteien nichts geändert hat, wird in den Kleinbauern die Erkenntnis wachrufen, daß nur die sozialdemokratische Partei ihnen das geben kann, was sie anstreben: eine menschenwürdige Existenz. Wir müssen vereint schlagen, damit wir vereint siegen können!

In der

Debatte

Er spricht zunächst Genosse Ciblík (Prodig Währen): Was sich unter dem Namen Bodenreform zugetragen hat, ist ein bodenloser Schwindel. Die Bauern aus der Hanna verkaufen ihren Grund um schlechtes Geld und kaufen billigen Grund vom Bodenamt.

Was sollen die Menschen anfangen, denen man Arbeitsplätze und Pachgrundstücke wegnimmt? Es bleibt ihnen nur der Strich.

Die Frau und der Bruder des Verteilungskommissärs in Raasdin haben Restgüter bekommen, ebenso der Schwiegervater eines anderen Beamten. Die Gemeinden werden von der Bodenverteilung ausgenommen.

Dittich-Soay erzählt, daß

die Verzeigerung in Groß-Tschornitz vom Obmann der Sebestesla jednota durchgeführt

wurde. Alle Zwangspächter sind um ihre Pachgrundstücke gekommen. Sie sind zugrunde gerichtet. In Pilschau hat man einen Weizenhof einem Wäler zugewiesen, der in Deutschland lebt und sich um seinen Grund nicht kümmert. Die Felder von 39 Zwangspächtern liegen brach.

Pilwachs-Neubaus erzählt, daß man im dortigen Gebiet die Gründe der Neubauer Spatlassen vergeben habe, um sie nicht den Deutschen zuteilen zu müssen.

Auch Schneider-Böhmendorf, Mähren berichtet, daß dort tschechische Vereine alles erzielten, deutsche Bewerber nichts. Tschechen die Boden zugewiesen bekommen haben, verkaufen ihn weiter an Deutsche um hohen Preis.

Genosse Leibl stellt fest, daß durch die Bodenreform laufende Existenzen vernichtet wurden. Nicht nur die Existenzen der Zwangspächter, sondern auch jener, deren Pächtern der Boden urbar gemacht haben. Es gibt kein Recht in der Bodenreform. In der Gemeinde Kojalup bei Wlaken wohnen die Leute in Ställen und im Scheunhaus, die Gemeinde bekommt keinen Grund für Bauzwecke. Dafür haben nationale Vereine 67 Hektar bekommen. Welchen Einfluß die nationalen Vereine auf die Bodenreform haben, geht daraus hervor, daß selbst

der Beamte des Bodenamtes den Redner aufzufordern hätte, zum Sekretär der Bohumavská Jednota zu gehen

und bei diesem zu intervenieren. Der Sekretär hat erst den Vorsitzenden der Bohumavská Jednota gefragt, wie er sich zu dem Ansuchen des intervenierenden Abgeordneten verhalte. Seit dem Eintritt der Aktivisten in die Regierung hat sich nichts, aber auch gar nichts geändert. Es bleibt dabei, daß die Bodenreform für das deutsche Landvolk eine Katastrophe ist. Allein die Bodenreform ist noch nicht beendet, sie wird Schlußpunkt erleben und für diese Zeit müssen wir eine ausgearbeitete Organisation haben, damit wir dann am Werke sind.

Genosse Juris (Tschornitz) schilderte, wie schon andere Redner vor ihm, wie trotz allen Versprechungen beim Bodenamt, unter Beachtung der erhaltenen Zusagen, die deutschen Zwangspächter zugunsten tschechischer Bewerber benachteiligt wurden. Zwanzig Jahre anständige Tschechen wurden als „Kolonisten“ behandelt und bevorzugt. — Große Beachtung fanden die Worte des Genossen Juris, daß nicht allein der Kampf um die Bodenreform die Genossen in der Organisation zusammenhalte, sondern die gemeinsame wirtschaftliche Arbeit.

Genosse Zschaplá (Soay) legte dar, welche Wirkungen die Bodenreform auf

die landwirtschaftlichen Arbeiter

hat: Sie verlieren Arbeit und Wohnung, sie müssen oft jahrelang um die ihnen gebührende Arbeitsfertigung kämpfen. Unter nichtigen Vorwänden entlassen Arbeiter auf jenen Gütern, auf denen

die Bodenreform noch nicht durchgeführt wurde, werden vertrieben auf — die Bodenreform, also zu jahrelangen Warten verurteilt. — Am 1. Jänner wurden die Czernin'schen Arbeiter entlassen, — bis heute haben sie noch nicht die Arbeitsfertigung! Und wehe den Arbeitern, die nicht organisiert sind! Sie finden nirgends Hilfe! — Mit warmen Worten trat der Redner für das Zusammenarbeiten von Kleinbauern und Landarbeitern und für enge Verbindung beider Gruppen mit der Partei ein.

In seinem Schlußworte stellte Genosse Abg. Schwarzhart fest, daß Kleinbauern und Landarbeiter einig sind in der Kritik der Bodenreform, einig auch in der Beurteilung der Politik der bürgerlichen Parteien, auch jener deutschen Parteien, die durch ihre Teilnahme an der Regierung mitverantwortlich geworden sind für die schmachvolle Bodenreform. Mit besonderer Freude stellte der Redner fest, daß die künftigen Strömungen zwischen den Arbeitenden auf dem Lande und den Proletariern fallen, — und die Schar jener Kleinbauern, die ihren einzigen Freund in der sozialdemokratischen Partei erkennen, mit entscheidender Schicksalskraft wächst. Dieses Erwachen der kleinen Landwirte und der Land- und Forstarbeiter, ihre Verbindung mit dem Industrie- und Arbeiterproletariat, ist Gewähr für die Verhinderung der Wiederkehr mittelalterlicher Herrschaftsverhältnisse.

Die Korruption der deutschen Regierungsparteien

zeigte der Redner an der Tatsache, daß nun auch Christlichsoziale und Landwirtschafter bei der Verteilung der Einflußsphäre für polnische Kolonisten an die politischen Parteien berückichtigt werden. Ein Beispiel nur für die Verschönerung der Volkstinteressen! Mit flammenden Worten rief der Redner das arbeitende Landvolk zum Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien auf, und wie sehr seine Worte wirkten, zeigte der stürmische, langanhaltende Beifall, der ihnen folgte.

Nach der Annahme, der vom Berichterstatter vorgelegten Entschlüsse wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Bedenken gegen Graef und Hergt.

Das Kabinett bis auf Justiz und Inneres ernannt. — Bereinigung der Beratungen Montag.

Berlin, 29. Jänner. (Wolff.) Am 29. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsanwalt Dr. Marx in seinem Amte als Reichsanwalt bestätigt.

Auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswirtschaftsminister Dr. Gessler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und

den baltischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. und Reichstagsabgeordneten Schiele zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. Koch, Mitglied des Reichstages, zum Reichsrechtsminister und den Staatssekretär Dr. Schaeffel zum Reichspostminister ernannt. Mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Reichspräsident den Reichsanwalt Dr. Marx beauftragt.

Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Inneren hat der Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen bis Montag abends ausgesetzt.

Operettenhafte Reichstagsöffnung in Budapest.

Zausarenklänge und Trauerflor. — Dorthin steht Gottes Segen herab.

Budapest, 29. Jänner. (M.Z.) Die feierliche Eröffnung des Reichstages ging heute mittags unter pompösen Feierlichkeiten vor sich. Der Platz vor dem Parlamentsgebäude bot schon in den Vormittagsstunden ein interessantes Bild. Die Nationalflagge über den Sitzungssälen des Oberhauses und Abgeordnetenhauses sind zum Zeichen der Trauer wegen des Irtanoner Vertrages auf Halbmast gehiebt. Vor dem Haupteingang nahm ein Bataillon Miliz in Paradeuniform mit Russk Aufstellung. Der Platz war von einem Polizeilordon abgeperrt, hinter welchem sich eine große Menge Neugieriger sammelte. Die Abgeordneten und Oberhausmitglieder erschienen zum Teil in ungarischer Gala, zum Teil in schwarzem Anzug und trugen alle einen Trauerflor am linken Arm.

Nachdem die Parlamentarier sich aufgestellt hatten, zog Bank 12 Uhr der Reichsminister Dorthin unter Zausarenklängen in den Saal ein und verlas eine ihm vom Ministerpräsidenten Beilich überreichte Ansprache. Dorthin bezeichnete Dorthin den heutigen Tag inmitten der auf der ganzen Nation lastenden Sorgen, als Freudentag, da sich nun im Geiste der geschichtlichen Verfassung abermals ein Reichstag auf Grund des Zweikammerystems verammelt, und beteuerte, daß Ungarn auf jeden Fall bestrebt sei, gute Nachbarschaft zu halten, wenn sich auch das Verhältnis zu den Nachbarstaaten infolge der mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Regelung erst mit der Zeit zu einem normal nachbarlichen gestalten konnte. In inneren Fragen müsse für den sozialen Frieden (1) gesorgt werden;

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist für Montag nachmittags 5 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Befugung der den Deutschnationalen zugewandenen Posten des Reichsministers des Innern und des Reichsjustizministers zu entscheiden.

Berlin, 29. Jänner. Gegen die Ernennung der auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen stehenden Abgeordneten Graef und Hergt sind sowohl vom Zentrum als auch von der deutschen Volkspartei Bedenken erhoben worden. Mittags hat der Reichspräsident zur Befugung der persönlichen Schlichterleistungen die deutschnationalen Führer Wehner und Wolke empfangen. Nach einzelnen Blättermeldungen hat auch der Reichspräsident gegen die Ernennung Graef's Bedenken geäußert, da dieser sich seinerzeit geweigert hat, als Vizepräsident des Reichstages den damaligen Reichspräsidenten Ebert zu beistehen; später wurde diese Meldung allerdings demontiert. Bedenkenfalls soll Graef durch den Deutschnationalen Lindner ersetzt werden, der an Stelle Hergt's das Innenministerium erhalten soll.

ein großer Teil der ungarischen Arbeiterschaft sei bereits in der Einsicht gefasst, daß sie die Hebung ihres Lebensstandards bloß Hand in Hand mit den übrigen Gesellschaftsklassen und verwachsen mit der nationalen Idee (1) erreichen kann. Zum Schluß flehte er Gottes Segen auf die Tätigkeit des neuen Reichstages herab.

Die serbische Krise.

Eine neue Koalitionsregierung.

Belgrad, 29. Jänner. Heute vormittags empfing der König Stefan Radia, Davidovich und Sotvorat Prividevic in Audienz. Radia empfahl dem König die Bildung einer Koalitionsregierung aus Radikalen, Kroaten und Demokraten und die Ernennung des Führers der serbischen Agrarier und ehemaligen serbischen Gesandten in Wien Jozo Jovanovic zum Minister des Inneren. Die serbischen Agrarier sollen sich mit der kroatischen Bauernpartei vereinigen. Davidovich trat gleichfalls für die Fortsetzung einer Koalitionsregierung ein, da die Vornahme neuer Parlamentswahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht opportun wäre.

Der amerikanische Konsul in Hankau anwesend.

Paris, 29. Jänner. „Chicago Tribune“ berichtet aus Shanghai, daß der Konsul der Vereinigten Staaten in Hankau von der Menge angegriffen worden sei; man nimmt an, daß die Chinesen ihn für einen Engländer gehalten hätten. Man habe ihn mit allen Möglichen Gegenständen beworfen, wobei er verletzt worden sei. Die amerikanischen Behörden werden bei der chinesischen Regierung schärfen Protest erheben.

Lobesurteil gegen den Massenmörder von Rodendorf.

Pilsen, 29. Jänner. Nach dreitägiger Verhandlung wurde heute nachmittag vor dem hiesigen Divisionsgericht das Urteil gegen den fünfjährigen Raubmörder Franz Sandner, Infanterist des 14. Inf.-Reg. in Gries, gefällt. Sandner er-mordete in der Nacht auf den 10. April vorigen Jahres fast die ganze Familie Rudolf Dillner in Unter-Rodendorf bei Ragnitz, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen.

Durch den Ausspruch des Gerichtes wurde Franz Sandner zum Verluste des Wahlrechtes, Ausschluß aus der Armee und zum Tode durch den Strang verurteilt.

Vorsitzender bei der Gerichtsverhandlung war der Oberst des Justizdienstes Dr. Srba. Die An-lage vertrat Militärprokurator Dr. Smet. Den Angeklagten verteidigte Dr. Nibel junior.

Inland.

Der schwarze Bloß.

Ein Merikales Geständnis.

Die Merikalen vermeiden es bisher, noch offenerhin allzu deutlich zur Schau zu tragen, daß sie auch innerhalb der Regierung einen Bloß, eine Internationale bilden, die den Rechts-lux der Regierung in kulturellen Fragen be-stimmt und darüber wacht, daß die Agrarier keine liberalen Anfälle bekommen. Wenn wir das Vor-handensein eines solchen Merikalen Bloß, dessen Wirksamkeit ja in der Regierungspraxis festzu-stellen ist, als eine schwere kulturelle Gefahr hin-stellen, pflegen die Merikalen ihn abzulernen. Es ist bemerkenswert, daß in einem Leitartikel der „Deutschen Presse“ nun zum erstenmal konkret zugegeben wird, daß ein Merikaler Bloß besteht und daß in der Regierungspraxis die nämliche stärkste, 67 Abgeordnete zählende Merikale Gruppe geschlossen auftritt. Die „Deutsche Presse“ schreibt:

„Die Regierung umfaßt drei christliche Par-teien und jede Regierung wird hoffentlich damit rechnen müssen, daß diese drei Parteien in allen kulturellen wie auch wirtschaftlichen und sozialen Fragen nur einen Bloß, eine Einheit bilden. Man kann wohl in Zukunft nicht mehr mit ein-gelassen von ihnen packeln, sondern man hat einfach mit der einen großen christlichen Gruppe zu rechnen und — sich darnach zu verhalten. Die-sen Standpunkt wird auch das Außenministerium und der Außenminister unter den gegebenen Ver-hältnissen teilen und von diesem Standpunkte aus den großen Komplex kirchen-politischer Fragen be-trachten müssen.“

Wir werden also nicht nur von einer Koali-tion regiert, die sich von der Dänische Komman-dieren läßt, sondern diese Koalition wird wieder von ihrer härtesten Gruppe, dem Merikalen Bloß geleitet. Von Hlinka über Strametz zu Wahr-garring besteht eine schwarze Allianz, die ge-schlossen auftritt und natürlich in der Lage ist, die schwächere grüne Gruppe, in der ja auch ein klei-ner Teil der tschechischen Agrarier wirklich ab und zu liberale Reaktionen äußern dürfte, zu kom-mandieren. Der Kaiser regiert im Staate und wer sich der Bedeutung des schwarzen Bloß noch nicht bewußt sein sollte, wird es in einem halben Jahre sein, wenn die Merikalen ihre Ge-weise unter Dach und Fach haben werden. In den letzten Monaten vor der Präsidentenwahl, kann Masaryk sein Geß zurückziehen — es müßte sonderbar zugehen, wenn die Merikalen das nicht zu allerletzt Schandiaten ausnützen!

Polizeiaufgebot in sozialdemokratischen Frauenversammlungen.

Die Symptome der Reaktion verstärken sich im großen wie im kleinen von Tag zu Tag. Jetzt sind wir glücklich schon so weit, daß die Polizei ihre Aufgebote in sozialdemokratischen Frauen-ber-sammlungen sendet. Dieser Tage fanden im Kuffiger Bezirk mehrere von unserer Par-tei veranstaltete Frauenversammlungen statt, in denen Frau Genossin Kirpal über das Thema sprach „Warum leiden die Arbeiter-frauen?“, nachher fand immer ein Lichtüber-trag über „Das wahre Antlitz des Kriegeres“ statt. Genossin Kirpal berichtet uns nun, daß nach der Versammlung in Schrecken kein Vergleich mit den Versammlungen fünf Polizisten das Lokal verließen, die dort irgendwo verdeckt auf irgendeinen Anlaß zum „Eingreifen“ gewartet hatten. Vor Beginn der Versammlung in Kuffig wurde die Referentin aufmerksam gemacht, daß neben den zwei Re-gierungsvertretern auch noch Polizei anwesend sei. Wirklich fand man in den Nebenräumen des Lokales und in der Garderobe etwa zehn Poli-zisten, die auch bis zum Schluß der Versamm-lung auf ihren Posten blieben. Allerdings bot sich auch ihnen keine Gelegenheit, in Funktion zu treten, aber die Genossinnen werden wohl die bloße Tatsache, daß man Polizei in Frauen-ber-sammlungen schickt, entsprechend zur Kenntnis ge-nommen haben, umso mehr, als Genossin Kirpal diese Erkenntnis, die nicht einmal allwissend ist, sondern neu-tschechosslawisch ist, in ihrem Referat klar geheißt. Polizeiaufgebote in Frauenversammlungen sind ja unerhört und en-

hörend, daß ihre Wirkung auf die ganze Arbeiter-schaft oder ganz anders ausfallen wird, als sich das die Schatzmacher der Rechtsregierung vor-stellen.

Masaryk geht nach dem Süden. Etwa in der Hälfte des Monats März wird der Präsident der Republik eine für fünf Wochen in Aussicht ge-nommene Reise nach dem Süden antreten. Nach dem vorläufigen Reiseprogramm begibt sich der Präsident von hier nach Marseille, von dort nach Kgypten, Palästina, Griechenland und dann über die französische Riviera, wo er sich einige Zeit aufhalten wird, zurück nach Prag. Auch ein Be-such der Tochter des Präsidenten in Montreux in

der Schweiz ist im Reiseprogramm vorgesehen. Der Präsident wird daher, wie ersichtlich, in der Zeit, in der die Präsidentenwahl stattfindet (d. i. zwischen 30. April und 14. Mai), sich nicht in der Republik befinden.

Es wird fleißig konstituiert. Die Freitagnum-mer unseres Karlsbader Kreisorgans ver-öffentlicht wieder einmal der Beschlagnahme, weil er an den Disziplinierungsprozess einige Be-merklungen knüpfte, durch die sich die Regierung und ihre Parteien nicht geschmeichelt fühlten. Die Arbeiter des Karlsbader Kreises dürfen aber wohl auch die weißen Fische sehr gut zu lesen ver-standen haben.

Die Reaktion marschiert.

Die Verschlechterung der Sozialversicherung.

Die Vertretung der Versicherten soll auf ein Drittel red-uziert werden. — Ein Drittel Unternehmer, ein zweites Drittel Büro-traten. — Keine Wahlen, sondern Ernennung durch Monsignore Srámel.

Der Unterrichtsminister verbietet den Schulinispektoren, eine politische Ueberzeugung zu äußern.

Die bürgerlichen Parteien ergingen sich bei ihren lauten Forderungen nach Verschlechterung der Sozialversicherung bisher in sehr unklaren An-deutungen. Von den Gewerdeparteilem abge-sehen, die vor allem die Lehrlinge von der Ver-sicherung ausschließen wollen, äußerten sich die Bürgerlichen nicht genau darüber, was denn in der Versicherung nach ihrer Ansicht einer „Ver-besserung“ bedürfe. Man wußte zwar, daß es den Agrariern um die Dienstboten und Land-arbeiter, natürlich auch um die Selbständigen, ging und daß die Christlichsozialen mit jeder Ver-schlechterung, die nur denkbar ist, einverstanden sein werden, aber es schloß an konkreten Geständ-nissen. Die neue Herrschaft liebt ja noch mehr als die alte die Ueberredungen und läßt vor den Parlamentssitzungen nicht verlaunen, was in der Dámská zum Heile der bürgerlichen Geldböse ausgenutzt wurde. Der Herr Minister Srámel hat erst vor wenigen Tagen erklärt, daß er über seine Reformpläne Schweigen bewahren, und einem geistlichen Herrn muß man schon glauben, daß er das Beichtgeheimnis hält und nicht verrät, was seine Brüder in Christo ihm an frommen Wün-schen und geheimen Tünden anvertraut haben.

Nun bricht die „Deutsche Landpost“, also ein unterrichtliches Regierungsorgan, das Schweigen und verkündet, welche „Verbesse-rungen“ an der Sozialversicherung vorgenom-men werden. Da erfährt man das Unerhörte, daß an der Spitze der Versicherungsanstalten nicht gewählte Vertretungen, sondern

ernannte Verwaltungskommissionen

sitzen sollen. Die Ernennung vollzieht aber nicht einmal die Zentralsozialversicherung, sondern das Ministerium für soziale Fürsorge!

Das bedeutet die Vernichtung des letzten Restes der Selbstverwaltung der Krankenkassen, die Bürokratisierung der Sozialversicherung, den Raub eines der wichtigsten Rechte der Arbeiterschaft, das ihr das alte Oesterreich nicht ein-mal bestritten hat. Eine besondere Gefahr bedeu-tet die Uebertragung des Ernennungsrechtes auf das von den Merikalen beherrschte Fürsorge-ministerium, das die Herrschaft über die Krankenkassen den Merikalen zuschanzen soll. Für die deutsche Arbeiterschaft kommt diese

von den deutschbürgerlichen Regierungsparteien geplante Reform der Vernichtung auch der nationalen Autonomie der Kassen gleich:

Die Krankenkassen werden der Zentralisierung ausgeliefert!

Weiter erzählt aber die „Deutsche Landpost“, daß die Zahl der Arbeitervertreter, oder genauer der Vertreter der Versicherten,

auf ein Drittel verringert

wird, wodurch die obendrein ernannten „Arbeitervertreter“ auch noch von allem Anfang an in die Minderheit gedrängt werden. Dagegen wird die Zahl der

Unternehmervertreter auf ein Drittel erhöht!

Das letzte Drittel der Verwaltungskommission bilden die

Vertreter der Behörden, also Beamte der politischen Bezirksverwaltungen. Auch wenn die Regierung bei der Ernennung der

Arbeitervertreter gerecht vorgehen sollte — was mehr als zweifelhaft ist — so haben die Unter-nehmer und Regierungsvertreter von vornherein die Zweidrittel-mehrheit in der Verwaltungskommission. Es scheint den Bürgerlichen eher eilig zu sein, denn das Blatt der deutschen Regierungspartei berich-tet schließlich, daß alle anderen Anträge zurückge-stellt werden, damit zuerst der wichtige Regierungs-antrag erledigt werden könne.

Kreger hätte die Verschlechterung der Sozial-versicherung, was die Verwaltung der Anstalten und die Rechte der Versicherten anlangt, kaum ausfallen können. Der Minister für soziale Für-sorge, gegenwärtig und im entscheidenden Augen-blick also der Herr Vater Srámel, kann rein Merikale, gelbe oder tschechische Verwaltungskom-missionen nach Gutdünken einsetzen, er kann in anderen Gebieten tschechische Kommissionen oder tschechische Reicheliten schaffen, er kann den Ar-beitern einen Bettel geben oder auch den noch streitig machen.

Unter Mithilfe der Christlichsozialen verliert die Arbeiterschaft ihr Recht in den Krankenkassen, unter Mithilfe deutscher Parteien werden die deut-schen Krankenkassen der Willkür der Tschechen ausgeliefert!

Die Saat des 15. November 1925 geht fruchtbar auf. Die Verblendung Zehntausender Proleta-rier, die ihre Todfeinde wählten, rächt sich an den Millionen der Gesamtarbeiterschaft.

Gleichzeitig wird ein Erlass des Unter-richtsministers Hodza bekannt, in dem er den Schulinispektoren verbietet, in Schulfragen Meinungen zu äußern, die gegen die Erlasse und Richtlinien der Landesbehörden ver-stoßen. Er enthält des weiteren eine Reihe von Maulkorbbestimmungen, die den In-spektoren zum willenlosen Werkzeug der Behörde machen sollen. Der Erlass macht die Bezirksschul-inspektoren auf die gesetzlichen Bestimmungen über ihre dienstliche Unterordnung unter die Vor-sitzenden der Bezirksschulräte, den Vor-sitzenden und dessen Stellvertreter im Landes-schulrat aufmerksam. Die Inspektoren, heißt es weiter, haben sich, im und außer Dienst, in politischen Parteidiskussionen, ebenso in Ständes-religiösen und nationalen Kämpfen nicht auffällig zu exponieren. Jede Verletzung der dienstlichen Pflichten wird dis-ziplinär bestraft. Unabhängig hiervon wird noch besonders darüber entschieden werden, ob der Schulinispektor, der selbst die Dienstpflicht verlegt, auch weiterhin mit der Funktion betraut werden kann, die ihm die Aufgabe anvertraut, die Disziplin unter der Lehrerschaft zu beaufsichtigen.

Selbst bürgerliche Blätter geben zu, daß dieser Erlass gegen die sozialistischen Inspek-toren gerichtet ist, deren es im tschechischen Ge-biet eine häßliche Zahl gibt. Wie früher in der Monarchie wird natürlich eine patriotische, nation-ale, ant-christliche, die herrschenden Einrichtungen schützende und in jeder Hinsicht loyale Betätigung nicht als politisch angesehen werden, sondern durch-aus mit dem Amte vereinbar sein. „Politik“ ist in den Augen der Bourgeoisie immer nur die so-zialistische Betätigung oder Ueberzeugung. Den so-zialistischen Inspektoren will Hodza den Maul-korb umhängen, die sozialistischen Lehrer will er schikanieren, und wir haben es anscheinend nicht mehr weit zur Maßregelung sozialistischer Erzieher.

Auslieferung der sozialen Institute an Unternehmer und Regierungs-büffel, Rückkehr zu den Drangsalierungsmethoden der schwarzesten Reaktion auf sozialem wie auf kulturellem Gebiete, das sind die Parolen der Bürgerregierung, das sind die Taten der Agrarier und Christlich-sozialen, deren nackter Verrat am Volke sich nicht mehr verjüngen kann.

Tagesneuigkeiten.

Retord des Auslanddelegierten Schenk als Ueberstundenarbeiter!

Schenk gerichtlich abgeurteilt.

Folgender Fall beweist, daß die Kommuni-sten die Revolution bloß im Munde führen, mit ihren Handlungen sehr oft der Reaktion dienen, die Arbeiterschutzeuge mit Füßen treten und den Unternehmern ein gefügiges Werkzeug sind. In einer Betriebsversammlung bei Erich G. in Jungbunzlau, wo 700 Personen anwesend waren, stellte Genosse Erben fest, daß der Kommunist Schenk am meisten un-bewilligte Ueberstunden leistete, mehr als 8 1/2 Ueber-stunden wöchentlich. Auf diese Beschuldigung nannte Herr Schenk den Genossen Erben mehrere Male einen Lügner, solange er nicht den Wahr-heitsbeweis für seine Behauptung erbringt. Die-sem Wunsch kam Genosse Erben gerne nach, und so fand am 27. Jänner unter großem Zeugen-aufgebot die Schlußverhandlung statt. Die Verhandlung leitete der Bezirksrichter, Herr Mainwald, Genosse Erben war vertreten durch Herrn Dr. Alfred Meyer in Trautmannau, der es verstand, Herrn Schenk zu zwingen, bei der Sache zu bleiben.

Das Beweisverfahren ergab, daß Schenk im Jahre 1926 mehr als 100 Ueberstunden, welche zum größten Teile von der Gewerbe-behörde nicht bewilligt waren, bzw. mehr als 8 1/2 Ueberstunden wöchentlich gearbeitet hat.

Herr Schenk redete sich aus, daß er im Auf-trage der Betriebsleitung gehandelt habe — für einen revolutionären Kommunisten eine sonder-bare Begründung. Die vom Genossen Erben er-hobene Beschuldigung entsprach daher den Tat-sachen und so wurde Schenk nach §§ 491 und 495 verurteilt. Das Urteil lautet: 100 K Geldstrafe, im Nichterbringungs-falle vier Tage Arrest, bedingt auf ein Jahr und Straf-kostenersatz.

Somit ist wieder ein kommunistischer Wra-schfeld entlarvt worden. Ob sich der Welt-reisende Schenk diese Ueberstundenmethode in Rußland angeeignet hat?

Ein Musterpfaffe.

Aus Pilsen wird unserem Innsbrucker Sonderorgan geschrieben:

Am 14. ds. starb in Pilsen ein zwei-jähriges Kind, dessen Eltern protestantisch waren. Der Pfarrer lud die Gläubigen zu einer Versammlung ein, in welcher er sie abzuhal-ten suchte, an dem Begräbnis des Kindes teil-zunehmen, da das eine schwere Sünde sei... Wertwärtigerweise hatten auch die Schulschwes-tern das Bedürfnis, die Kinder von der Teilnahme am Begräbnis abzuhalten. Ob hier der Pfarrer bei den Klosterfrauen Vorlesung gespielt hat, wissen wir nicht. Aber auch an die Arbeiterschaft der Lodenfabrik schickte der Pfarrer einen Boten und ermahnte sie, im Interesse ihres Seelen-heils an der Beerdigung des Kindes nicht teil-zunehmen. Der Direktor hatte nämlich den Ar-beitern eine Stunde für diesen Zweck freigegeben. Um die gemeinte Erde des Friedhofes durch die Aufnahme der Leiche dieses Kindes nicht zu entweihen, wurde im äußersten Winkel des Friedhofes ein Bläthen eingetäumt.

Einige Leidtragende, die über das Verhalten des Pfarrers empört waren, gingen nun in den Widum und fragten den Pfarrer, wie es mit sei-ner christlichen Nächstenliebe stehe. Und da ent-wickelte sich folgendes Gespräch:

Pfarrer: Wieso? Warum?

Die Leidtragenden: Sie haben es auch gemacht. Die Leidtragenden: Sie haben es über sich gebracht, für dieses unschuldige Kind den letzten Winkel des Friedhofes auszuweichen.

Pfarrer: Ja, das habe ich auch, denn das Kind ist nicht unschuldig.

Da der Pfarrer von dieser seiner Meinung nicht abzubringen war, stellten ihm einige Lei-dtragende vor, daß er durch sein Verhalten höch-stens die Leute ermuntere, der „Blonne“ bei-zutreten, damit solcherart der Anspruch auf ein anständiges Begräbnis nicht verloren geht.

Pfarrer: Das können Sie auch! Die Leidtragenden: Unter solchen Umständen ist man ja gezwungen, aus der katho-lischen Kirche auszutreten.

Pfarrer: Das können Sie auch!

Die Leidtragenden: Es handelt sich ja hier nicht nur um eine Person, um ein Kind, sondern auch um unsere Familien. Haben Sie als Pfarrer daran kein Interesse?

Pfarrer: Sie können mit Ihrer Familie tun, was Sie wollen!

Wir wollen hoffen, daß die Arbeiter von Pilsen nun wissen, was sie zu tun haben und daß die Arbeiter auch bei uns in immer größerer Zahl die Ruthe aus solchen Fällen ziehen.

Selbstmordversuch eines Soldaten. Aus Troppau wird uns unter dem 28. d. M. gemeldet: Bestern früh stürzte sich der Zugführer des In-fanterieregimentes Nr. 34, Gustav Peil, in selbst-mörderischer Absicht aus einem Fenster des gro-ßen Stockwerkes der Kasernenkaserne in Troppau auf das Kasernenhofplatze. Er erlitt Verwun-dungen am Kopf und einen Bruch des linken Beines. In schwerverletztem Zustand wurde er sofort ins Landeskrankenhaus überführt. Zug-führer Peil hat den Selbstmordversuch aus Furcht vor Bestrafung wegen Diebstahls arabischen Eigentums begangen.

Unentbehrlich
für alle Organisationen und Funktionen
ist das

Sozialversicherungs-Gesetz

Da noch Vorrat, bestellt sofort die deutsche Übersetzung. Preis für das Einzel exemplar Ks 6.—, nebst 50 Heller für Porto. Bestellungen nimmt der „Sozialdemokrat“, Prag II., Nekuzanka 18, und alle Volksbuchhandlungen entgegen.

Die Arbeitslosen in Rußland sind **Faulenzer**, so heißt es wenigstens die kommunistische „Internationale“ vor, die in einem Berichtsbericht aus Weißrußland folgendes Argument wiedergibt: „Gen. Trotski erwiderte auf die wichtigsten Punkte und erklärte auch, wenn es schon in Sowjetrußland Bettler gibt, dann dürfen dies größtenteils Doktoren sein, die nichts arbeiten wollen oder sonstige Faulenzer, die in Sowjetrußland kein Recht genießen.“ Da auch von anderer russischer Seite zugegeben wird, daß es in der Sowjetunion infolge der schweren Wirtschaftskrise Millionen Arbeits- und Erntelosiger gibt, bedeutet die frivole Wertung des Herrn Trotski, die von der „Internationale“ aufbewahrt noch als wichtig empfunden wird, eine ungläubliche Beschimpfung der Arbeitslosen, die als Faulenzer hingestellt werden und selbst, wenn sie nicht nur in einem Jehntausendstel, sondern in einem großen Bruchteil Doktoren waren, wohl ein Anrecht darauf hätten, derartige Beschimpfungen, die von dieser Seite ja kaum erwartet werden, zurückzuweisen.

Und die **Klassenschau der Christlichsozialen?** Die „Tagespost“, seit auch für die Regierungstendenzen klärend, kann doch nicht umhin, ihren Lesern die Mitteilung von der bevorstehenden Beibehaltung der 18monatlichen Dienstzeit zu bringen. Wie? Man meldet eben, daß aus Prag berichtet wird, daß

das Wahrgen in modifizierter Form doch noch für eine bestmögliche Zeit die 18monatliche Dienstzeit enthalten wird, doch dürfen Dienstzeiterleichterungen in entgegenkommender Weise gewährt werden. Das bedeutet natürlich keine prinzipielle Zustimmung für den Militarismus, sondern nur eine technische und wirtschaftliche Notwendigkeit, die sich derzeit nicht umgehen zu lassen scheint.“

Gibt es denn wirklich ein Prinzip bei den Christlichsozialen? Wie glauben selbst, daß für die Christlichsozialen, so hat es doch ihr Parteiprogramm zu erst vor einigen Tagen selbst eingestanden, eben „technische und wirtschaftliche Notwendigkeiten“ maßgebend sind. Nicht nur noch ein christlichsozialer Minister für Nationalverteidigung und das Bild der „Friedenslehre“ wäre vollständig.

Theater und Radio. Auch in Korwege n wird das Problem Rundfunk und Theater eifrig erörtert. Die Theaterleute waren auch dort bisher der Ansicht, daß der Rundfunk für den Theater- und Konzertbetrieb von durchaus nachteiliger Wirkung sei. Um den Meinungsstreit zu schlichten, schlug die Leitung der norwegischen Theatergesellschaft dem Philharmonischen Verein in der Hauptstadt einen Versuch auf, folgender Grundlage vor: eines Abends nach Beendigung einer musikalischen Darbietung im Sonderraum durch das Orchester des Philharmonischen Orchesters trat der Sprecher aus Mikrophon und verkündete, daß das eben gehörte Musikstück am Sonntag im Saal des Vereines zur Aufführung komme und daß jeder Radiohörer, der sich als solcher anmelde, an der Kasse ermäßigte Preise habe. Das Ergebnis des Versuches war überraschend: der Saal war überfüllt; mehr als tausend Personen hatten sich eingeschrieben, von denen mehr als die Hälfte auf Grund des ermäßigten Eintrittspreises als Radiohörer gekommen waren. Dieses Resultat ermunterte Björn Björnson, den Sohn des bekannten Dichters, der in Oslo Theaterdirektor ist, zu einem ähnlichen Versuch. Man nahm ein Stück, das schon oft über die Bretter gegangen war und daher keine Zugkraft mehr hatte, und ludete den ersten Akt über Radio ins Land. Gleichwohl wurde den Hörern mitgeteilt, daß sie gegen Bezahlen des Radiokauspreises an der Theaterkasse Karten zu ermäßigten Preisen bekommen könnten. Bei der Aufführung des Stückes waren zweihundert Personen anwesend, von denen sich 970 Personen als Radiohörer ausgemeldet hatten. Der Theaterdirektor gab nach dieser Erfahrung seinen Zuschauern die Erlaubnis, bei Sendebildern mitzuwirken.

Nach neun Jahren wegen Raubmordes verhaftet. Am 7. Jänner 1918 verließ der Bestler einer kettenförmigen Bekleidung, Jozef Vaga in Záhřeb bei Königsdorf, sein Haus, um, wie er seiner Schwägerin mitteilte, ein gutes Geschäft zu machen, da man ihn 600 Kronen zum Kauf von 6 K das Kilogramm angeboten habe. Er nahm 600 K zu sich, kehrte aber nicht mehr zurück. Am 11. April des gleichen Jahres wurde seine Leiche aus der Beraun gezogen. Es wurde festgestellt, daß ein Mord vorliegt, da Vaga am Kopf zahlreiche von einem stumpfen Instrument herbeibringende Wunden aufwies. Der Verdacht fiel auf den Fleischhauer Anton Kolenka aus Ober-Cerna-

schitz und den Gastwirt Josef Dorch aus Fobol. Rollenberger ist vor zwei Jahren gestorben. Der Gastwirt Josef Dorch und sein Bruder Anton wurden nun am 26. d. durch die Gendarmerie in Königsdorf verhaftet und dem Landesgericht in Prag eingeliefert. Die Untersuchung des Raubmordes wird fortgesetzt.

Ein Maharadscha um seine Interven erleichtert. „Daily Express“ meldet aus Kalkutta, daß Ruwelen im Werte von mehr als 80.000 Pfund Sterling aus dem Palaste des Maharadscha in Bharatpur gestohlen sind. Einige der Juwelen wurden von Geheimpolizisten aus Kalkutta entdeckt. Zwei Männer wurden im Zusammenhang mit dem Diebstahl verhaftet.

Diebstahl in der böhmischen Schweiz. Bei den sogenannten „Bachhäusern“ in Niederösterreich nächst Rennerstorf löste sich ein großer Felsblock von der dort die Straße säumenden Sandsteinwand und stürzte, Bäume und Sträucher mit sich reichend, in die Tiefe. Die langdonnernde nasse Witterung und der nunmehr einsetzende harte Frost dürften den Felsblock von seiner Basis abgeprengt haben.

Den Gatten mit einem einzigen Stodhieb erschlagen. Aus Preshburg wird berichtet: In Schintau bei Neutra lebte der Landwirt Anton Ruzel seit längerer Zeit in Anfreiden mit seiner Frau, die ihren Mann deshalb verließ und mit einem anderen Mann in gemeinsamer Haushalte lebte. Eines Tages suchte Ruzel seine Frau auf, um sie zur Rückkehr aufzufordern. Es kam zu Streitigkeiten, in deren Verlauf die Frau einen Spazierstock ergriff und dem Mann damit einen Schlag auf den Kopf versetzte, so daß er demnächst zusammenstürzte und kurze Zeit darauf starb, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben.

Eine gute Antwort. In der Löfflermarkt sagte ein Pfarrer zu einem ehemaligen Schüler, der nicht mehr in die Kirche geht: „Dir wird's so gehn: Auf d'Rad wies ich in Gassen einschlagen und in der Fruah wies ich in der Pöll aufhauen. Was wilst nächst legen?“ — Der Schüler: „Gua'n' Morgen, Herr Pfarrer!“

Aufhebung der öffentlichen Häuser in Ungarn. Die vom ungarischen Innenministerium in Angelegenheit der Regelung der Prostitution einberufene Enquete wurde Donnerstag geschlossen. Zur Verhandlung stand der Entwurf einer Verordnung, die in nächster Zukunft erlassen wird und die die stufenweise Aufhebung der öffentlichen Häuser enthält. Die Verordnung bestimmt, daß die öffentlichen Häuser am 1. Mai 1928 aufgelassen werden. An diesem Tage verlieren sämtliche diesbezüglich erteilten Lizenzen ihre Gültigkeit und es werden nur die öffentlichen und privaten Reuegungsplätze gestattet. Den Prostituierten wird verboten, Veräußerungsmittel wie Kokain, Morphinum zu genießen oder solche Mittel bei sich zu halten.

Falschmünzer. In Floridsdorf bei Wien wurde von der Polizei eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben. Die Falschmünzer, die drei Brüder Weiß, wurden verhaftet. Die Verhafteten gefunden, auch in Berlin Falschmünzerei getrieben und falsche Dreimarckstücke hergestellt zu haben. Die drei Brüder Weiß werden auch von der Tschechoslowakei wegen verschiedener Verbrechen, die sie dort vollführt haben, verfolgt. Außer den drei Brüdern wurde auch die Schwester der Brüder Kamilla Janda, welche auch von der Tschechoslowakei gesucht wird, verhaftet.

Lichtbildzentrale der Deutschen Landeskommission. Die Deutsche Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen hat vor drei Jahren die Lichtbildzentrale (Pilsen, Furtwänggasse 15) errichtet, die sowohl Vorträge über Jugendfürsorge als auch der allgemeinen Volkserziehung, Volksgesundheit und Volkswirtschaft dienende Lichtbildreihen schafft und gegen gütige Leihgebühr ausleiht. In stetig aufwärts strebender Arbeit ist die Lichtbildzentrale der Deutschen Landeskommission zu einer ansehnlichen Gesellschaft für Vorträge aus allen Wissensgebieten angewachsen und zählt außer den Jugendfürsorgeorganisationen zahlreiche Schulen, Bezirks- und Ortsbildungsausschüsse, Vereine, Industrieunternehmen und Einzelpersonen zu ihren Teilnehmern. Das letzte Jahresverzeichnis der bei ihr verführbaren Lichtbildvorträge und Filme gliedert sich in folgende Gruppen: 1. Allgemeine Erziehung; 2. Reisebeschreibungen, Landeskunden, Städte, Volkstüm, Sitten und Gebräuche; 3. Landwirtschaft, Gärtnerei, Viehzuchtswesen; 4. Industrie, Technik; 5. Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege; 6. Sport; 7. Religion; 8. Medizin und Hygiene; 9. Schrifttum; 10. Kaufmann; 11. Malerei; 12. Naturwissenschaften; 13. Märchen und Sagen; 14. Völkerverständigung; 15. Geschichte; 16. Verschiedenes. Die Deutsche Landeskommission wird weiterhin bemüht sein, ihre Lichtbildzentrale zu einer allen Zweigen der Volkserziehung dienenden Einrichtung auszubauen und bietet alle Kinderkassen, Schulen, Volkshäuser, Bezirks- und Ortsbildungsausschüsse, Vereine usw. um eifrige Benützung ihrer Bildleiste. Kostenlose Vortragsverzeichnis und Ankaufstische direkt durch die Lichtbildzentrale der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen, Pilsen, Furtwänggasse Nr. 15/11.

Mit dem Kreuztisch erschlagen. In Wöckles in Sadowen wurde die achtjährige Sofarime Michal, eine ehemalige Krankenwärterin vom heiligen Kreuze, in ihrem Hause ermordet aufgefunden. Die Mörder haben sie gewürgt und dann mit einem Kreuztisch, das sie von der Wand genommen hatten, erschlagen. Den Leichnam verstümmelten sie, und bevor sie mit ihrem Raube flüchteten, legten sie Feuer an das Haus. Ein holländischer Arbeiter, der bereits wegen Mordversuchs verurteilt ist, wurde verhaftet, weil er verdächtig ist, einer der Täter zu sein.

Ein Arbeiter durch Dampf getötet. In den Apollowerken, Wien-Dimmering, hat sich ein größlicher Unfall ereignet. Als der 54jährige Feiler Jos. Eber seinen Dienst bei der Dampfleistung tat, öffnete sich plötzlich ein Ventil, und glühend heißer

Dampf strömte aus. Eber wurde bewußtlos zusammen. Er hat schwerste Verbrühungen am ganzen Körper erlitten. Die Rettungsgesellschaft wurde wohl gerufen; der Arzt stellte nur noch den Eintritt des Todes fest. Die gerichtliche Oeffnung der Leiche wurde beantragt.

Eindbruch durch vier Stockwerke. In der Nacht zum Freitag haben Einbrecher in der Charlottenstraße in Berlin einer Textilfirma einen Besuch abgestattet, wobei sie vom vierten Stockwerk aus sich durch die Decken bis ins Erdgeschoß durchgearbeitet haben. Ihre Raube hat sich erledigt; sie erbeuteten für rund 25.000 Mark Stoffe. Dabei fanden sie doch nicht Zeit, alles, was sie zum Mitnehmen eingepackt hatten, auch wirklich wegzuschaffen. Den Rückweg vom Erdgeschoß nahmen sie wieder durch die Decken bis zum vierten Stockwerk, und von da vermutlich über die Dächer.

Der Hochstapler als Regierungsrat. In Wiesbaden wurde ein Hochstapler verhaftet, der sich den Titel eines Regierungsrates und Dr. jur. zugelegt und sich dadurch allerlei Schwindelereien ermöglicht hatte. Es wurden ihm wünschenswert Autos zu Verschleppungsfahrten zur Verfügung gestellt. Er hielt mit Sachverständigen Besprechungen ab, weil er angeblich den Auftrag hatte, das Material für ein Werk über das deutsche Viehwirtschaftswesen zu sammeln. Selbstverständlich erhielt der Regierungsrat auch zahlreiche Einladungen zu gesellschaftlichen Veranstaltungen. Von den amtlichen Stellen wußte er sich nicht weniger als 16.000 Mark zu erschwindeln. Das alles auf Grund einer Fiktionsliste mit dem Titel: „In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Betrüger um einen sogenannten Schriftsteller Konig aus Quirichheim bei Saarbrücken. Bei seiner Verhaftung erklärte er lachend, er habe bemerkt, daß man mit einer guten Fiktionsliste am leichtesten durch die Welt käme. Seine Schwindelereien erstreckten sich auf die Städte Wiesbaden, Mainz, Trierstadt, Kassel und Koblenz.“

Sechs Kolonialhändler in Berlin verhaftet. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es, nach wochenlangen mühseligen Beobachtungen, den Kolonialhändler Oswald sowie seine 16jährige Tochter und zwei für ihn reisende Händler zu verhaften. Im Keller des Hauses — er ist ein Schneidemeister — fand sich eine Aluminiumfabrik mit 50 Gramm Aluminium. Die Tochter vertrieb das Hausgut im Westen Berlins, während die beiden Reisenden anheimelnd anstandslos tätig waren. Gleichzeitig konnte die Kriminalpolizei ebenfalls im Westen Berlins zwei Kolonialhändler festnehmen, die ihren Vorrat in einer Schachtel hinter dem Schutzgitter eines Straßenschildes verbergen aufbewahrten.

Der größte Scheinwerfer der Welt geht zur Zeit in Amerika in den Metro-Rayer-Studios in Calver City seiner Fertigstellung entgegen. Der Scheinwerfer wird eine Lichtstärke von 800 Millionen Kerzen haben und sein Lichtstrahl wird bis zu einer Entfernung von 160 Meilen sichtbar sein.

Zwei Jahre ohne Regen. Eine der schlimmsten Trockenperioden, die die Geschichte Südafrikas nachzeichnet, hat die westlichen Gebiete des Karoo-Bezirks im Kaplande in eine Wüste verwandelt. In achtzehn Monaten wurde hier nur eine Regenmenge von einhalb Zoll festgestellt; einige Ernteschäden haben sogar volle zwei Jahre keine Niederschläge mehr erlebt. Zahlreiche Farmer haben ihre Familien ins Exil überlassen müssen und sich auf den Marsch begeben, um neue Weidplätze zu suchen. Man schätzt die bis jetzt entstandenen Schäden auf rund 300.000 Pfund Sterling. Im Bezirk von Transvaal herrschen Not und Elend. Die Farmer sind so verarmt, daß sich ihre Frauen und Töchter in Ermangelung der notwendigen Kleidung nicht mehr auf der Straße zeigen können. Man lebt von den bescheidenen Gaben, Mehl und Getreide, die den Notleidenden von den Behörden zur Verfügung gestellt werden. Um das Unglück voll zu machen, wurde die im Kapland gelegene Ortschaft Umata auch noch von einem Wirbelsturm heimgesucht, der verheerend gewirkt und schwere Schäden angerichtet hat. Die meisten Farmer haben ihr ganzes Habergut verloren. Die Verbindung zwischen Umata und der Außenwelt war tagelang unterbrochen.

Die Grippe. Fünfter Sonderbericht der Sanitätssektion des Völkerbundes über die Verbreitung der Grippe: **Deutschland:** In den größten Städten eine leichte Zunahme der Sterblichkeit überhaupt und insbesondere wegen Krankheiten der Atmungsorgane. Die Anzahl der Grippeodesfälle stieg in der vergangenen Woche auf 83. — **England:** Die Grippe ist auch weiterhin sehr verbreitet. Verlauf meist rasch und leicht, seltener mit Komplikationen verbunden. Epidemisch ist die Grippe insbesondere im Osten und Süden verbreitet. In 105 großen Städten 470 Todesfälle, davon in London 197. — **Bulgarien:** Die Anzahl der Grippeerkrankungen wächst, aber die Krankheit hat leichten Charakter. In Sofia sind 15 Prozent der Schüler grippekrank. — **Dänemark:** In Kopenhagen stieg die Zahl der Erkrankten am 15. Jänner auf 5165. Am 8. Jänner waren im ganzen Lande 16.150 Grippefälle gemeldet worden. — **Schweden:** Die Sterblichkeit bleibt normal; bis 15. wurden 4 Todesfälle an Grippe in Emdenborg und 3 in Glasgow gemeldet. — **Spanien:** Am 23. Jänner wird auf dem ganzen Lande ein bedeutendes Zurückgehen der Epidemie gemeldet. Nicht befallt die Krankheit Kinder und ältere Personen. Sterblichkeit fast normal. — **Italien:** Die Krankheit tritt in vereinzelten Gruppen auf und nimmt einen leichten Verlauf. Die sanitären Verhältnisse des Landes sind nicht beunruhigt und weiterhin vollkommen normal. Die Sterblichkeit ist nicht größer als sonst. — **Polen:** Die Epidemie ist noch immer sehr verbreitet, hat aber leichten Charakter, obwohl Komplikationen, insbesondere Lungenentzündung öfter vorkommen, hauptsächlich bei älteren Personen. Aus einigen Städten wird ein Rückgang der Epidemie gemeldet, einige kleinere Städte und Dör-

fer wurden von der Krankheit sehr ernst heimgesucht. — **Schweden:** In der Woche bis zum 8. Jänner starben 159 Personen an Grippe, davon am meisten in Genj, nämlich 60 Personen. Bis 15. 1. wurden 22.796 Erkrankungen gemeldet. — **Witterungsbedingungen aus England:** zufolge sind in einigen Londoner Banken 50 bis 60 Prozent des Personals erkrankt. Vom Lande werden bis 40 Prozent erkrankter Schulkinder gemeldet. Einige Schulen sind geschlossen worden. Auch viele Bergarbeiter sind an Grippe erkrankt, was sich bei der Kohlenförderung zeigt. Eine besondere Art von Grippe breitet sich auch unter den Haustieren, namentlich den Pferden aus. „Daily Express“ zufolge ist es zwei Londoner Ärzten gelungen, den mutmaßlichen Grippe-Virus, welcher aus der Nase in das Blut übergeht, zu entdecken.

Von einem Eber angefallen. Bei der Gemeinde Reichholms in Karpathenland wurde eine große Jagd veranstaltet, an der sich gegen 50 Jäger und 200 Treiber beteiligten. In der Treiberkette zeigte sich ein großer Wüdebeißer, der den Jäger Szenmibalsch überfiel, bevor dieser schießen konnte. Der Eber jerrte dem Ueberfallenen den Fuß und die Hand, Szenmibalsch konnte nur schwer durch die Hunde gerettet werden, welche sich auf den Eber stürzten; das Tier wurde dann von Szenmibalsch durch fünf Revolverkugeln getötet.

Tod in den Flammen. Wie aus Straalsund gemeldet wird, entstand gestern nachts gegen drei Uhr auf bläher unbekannter Weise ein Großfeuer im Schloß Sandeln bei Gütlow. Das Feuer wurde erst entdeckt, als das Schloß bereits in hellen Flammen stand. Die Bewohner konnten sich nur mit Mühe im letzten Augenblick retten, während der Hausleiter den Tod in den Flammen fand. Das Schloß ist fast gänzlich vernichtet. Von den Anwohnerfamilien konnten nur wenige gerettet werden.

Kuldrotschken-Abonnement. Die Jannung des Berliner Kuldrotschkenbesitzer will für die Benützung der Kuldrotschken Dauerkarten einführen. Es sollen Dauerhefte bis 14 Tage ausgegeben werden, die 90 Mark kosten und einen Wert von 100 Mark besitzen. Der Jahrgang becheinigt dem Jahrgang auf den Zweck des Dauerheftes den Jahrgang, den der Drotschkenbesitzer dann bei den Jannungen einloßt.

Rundfunk für Alle!
Programm für morgen, Montag.

- Berlin, 29. 11:** Schallplattenmusik, 11.40; Rundfunk (Schiller) Rundfunk und Zeitungs, 12.30; Fremdsprachen, 12.35; Mittagskonzert, 1. Stunde: Italien, 2. Stunde: Spanien, 3. Stunde: Schweden, 4. Stunde: Belgien, 5. Stunde: Frankreich, 6. Stunde: Dänemark, 7. Stunde: Norwegen, 8. Stunde: Schweden, 9. Stunde: Schweden, 10. Stunde: Schweden, 11. Stunde: Schweden, 12. Stunde: Schweden, 13. Stunde: Schweden, 14. Stunde: Schweden, 15. Stunde: Schweden, 16. Stunde: Schweden, 17. Stunde: Schweden, 18. Stunde: Schweden, 19. Stunde: Schweden, 20. Stunde: Schweden, 21. Stunde: Schweden, 22. Stunde: Schweden, 23. Stunde: Schweden, 24. Stunde: Schweden, 25. Stunde: Schweden, 26. Stunde: Schweden, 27. Stunde: Schweden, 28. Stunde: Schweden, 29. Stunde: Schweden, 30. Stunde: Schweden, 31. Stunde: Schweden, 32. Stunde: Schweden, 33. Stunde: Schweden, 34. Stunde: Schweden, 35. Stunde: Schweden, 36. Stunde: Schweden, 37. Stunde: Schweden, 38. Stunde: Schweden, 39. Stunde: Schweden, 40. Stunde: Schweden, 41. Stunde: Schweden, 42. Stunde: Schweden, 43. Stunde: Schweden, 44. Stunde: Schweden, 45. Stunde: Schweden, 46. Stunde: Schweden, 47. Stunde: Schweden, 48. Stunde: Schweden, 49. Stunde: Schweden, 50. Stunde: Schweden, 51. Stunde: Schweden, 52. Stunde: Schweden, 53. Stunde: Schweden, 54. Stunde: Schweden, 55. Stunde: Schweden, 56. Stunde: Schweden, 57. Stunde: Schweden, 58. Stunde: Schweden, 59. Stunde: Schweden, 60. Stunde: Schweden, 61. Stunde: Schweden, 62. Stunde: Schweden, 63. Stunde: Schweden, 64. Stunde: Schweden, 65. Stunde: Schweden, 66. Stunde: Schweden, 67. Stunde: Schweden, 68. Stunde: Schweden, 69. Stunde: Schweden, 70. Stunde: Schweden, 71. Stunde: Schweden, 72. Stunde: Schweden, 73. Stunde: Schweden, 74. Stunde: Schweden, 75. Stunde: Schweden, 76. Stunde: Schweden, 77. Stunde: Schweden, 78. Stunde: Schweden, 79. Stunde: Schweden, 80. Stunde: Schweden, 81. Stunde: Schweden, 82. Stunde: Schweden, 83. Stunde: Schweden, 84. Stunde: Schweden, 85. Stunde: Schweden, 86. Stunde: Schweden, 87. Stunde: Schweden, 88. Stunde: Schweden, 89. Stunde: Schweden, 90. Stunde: Schweden, 91. Stunde: Schweden, 92. Stunde: Schweden, 93. Stunde: Schweden, 94. Stunde: Schweden, 95. Stunde: Schweden, 96. Stunde: Schweden, 97. Stunde: Schweden, 98. Stunde: Schweden, 99. Stunde: Schweden, 100. Stunde: Schweden.

Gerichtssaal.

Die Tote kann nicht reden.

Wien, 29. Jänner. Am 31. Oktober, um 3 Uhr früh, hat sich eine Prostituierte, Angela Czajny in Wien, aus einem Fenster auf die Straße gestürzt. Polizei drang in das Hotelzimmer ein und fand dort den Subhüter Rudolf Langfelder, anscheinend im tiefen Schlaf. Er stellte sich höchst überrascht, wie er von dem Todesprung seiner Zimmergenossin hörte, und wollte von allem nichts gewußt haben. Man glaubte ihm nicht. Er wurde vor die Polizei gestellt und schließlich wegen Einschränkung der persönlichen Freiheit und Erpressung in Untersuchung gezogen. Gestern hatte er sich vor einem Schöffengericht unter dem Vorsitz des Hofrates Ramsauer zu verantworten.

Langfelder ist eine der üblichsten Großstadtgestalten: rüchichtslos, brutal, nur auf sich bedacht. Er lebt von Blumenverkauf und vom Einkommen, das ihm sein Hauptberuf, die Subhüterei, einträgt. Man sieht feingekleidet in den kleinen Koffelhäusern der Inneren Stadt, in den Seitengassen der Kärntnerstraße. Dort sitzen die Kurven mit ihren Mädchen, die das Geld aus den Strümpfen hervorholen und ihnen auf den Tisch bringen. Und wehe, wenn sie zu wenig bringt! Sofort gibt es Ohrfeigen; weinend rennt das Mädchen auf die Straße, und lachend ruft sie schon dem Nächsten zu: „Komm mit!“ Und in einer Stunde ist sie schon wieder da und sitzt wieder an seinem Tisch. So einer ist auch der Langfelder. Nur vielleicht brutaler. Selbstmord soll schon früher einmal eine Prostituierte begangen haben. Wer will ihn pöbeln? Was kann er dafür, wenn die Mädchen Selbstmord begehen? Er hat seine Hände. Und überhaupt: es sind nur Prostituierte! Die Angela Czajny war eine solche. Wie aus dem kleinen Mädchen, das beim Anblick eines Schmetterlings in die Hände flüchtete, und aus dem großen Mädchen, das stoffenden Besen zum ersten Knechtchen geht, eine Prostituierte wird? Es gehen tausend Wege dahin. Die Geschichte der 17-jährigen Gretl Wochau aus Bremen zeigt einen. Aber von hier zum Selbstmord einer solchen Unglücklichen geht nur ein einziger Weg, der Weg über die Brutalität, die Schamlosigkeit des Mannes! Falsche Sentimentalität? O nein, es ist fürchterlich un sentimental, dieses Geschäft!

Langfelder hat einem Zeilengenossen im Untersuchungsgefängnis geschribelt, was sich vor dem Todesprung der Czajny abgespielt hat. Sie wollte nicht. Er zwang sie, und nahm ihr dann das Geld ab. Dann machte er das Fenster auf und stellte ihr anheim, aus dem Fenster zu springen, wenn ihr etwas nicht geht. Wie, auch vom Subhüter weggenommen? Da haßt sich alles Weh ihres Lebens zusammen. Langsam geht sie zum Fenster. Er legt sich gemächlich auf den Divan. Sie starrt in die Tiefe, auf das harte Kissen. Jetzt bangt sie sich hinaus — Passanten haben dies beobachtet —, vielleicht holt er sie noch zurück? Immer weiter hängt der Oberkörper über die Fensterbrüstung — leuchtend geht der Atem — sie verliert das Gleichgewicht, kriecht auf, hält sich an der Fensterbrüstung fest. Er liegt weiter ruhig auf seinem Platz. Sie verliert die Kraft, noch einmal fängt sie sich am Rausersims. Passanten rufen ihr zu, sich zu halten, gleich werde jemand helfen kommen. Zu spät! Sausend geht in die Tiefe. Ein Leben ist vorüber. Irgehtwo weint eine Mutter.

Vor den Schöffen leugnet Langfelder diese Vorgänge. Der Zeilengenosse soll diese Geschichte erfunden haben. Dieser Zeilengenosse ist derzeit unbekanntes Aufenthaltsort, er kann als Zeuge nicht vernommen werden. Und die Tote kann nicht reden! Also muß die Verhandlung vertagt werden. Langfelder bleibt weiter in Untersuchungshaft.

Literatur.

Das Erwachen der farbigen Rassen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der gelben, roten, braunen und schwarzen „Unterrassen“ sind mit das drückendste Problem einer weitverbreiteten Politik der europäischen Kolonialmächte. Um sich über dieses Problem zu unterrichten, dazu ist das Buch von Dr. A. Brockhaus erschienene Werk „Hermann Norden, Auf neuen Pfaden im Kongo“ (Ganzleinen R. 14.—) ganz vorzüglich geeignet. Dr. Norden läßt sich die Bewegung „Afrika den Afrikanern“, die den belgischen Kolonialbeamten so schwere Sorgen macht, besonders annehmen sein, und er kommt zu dem Ergebnis, daß noch auf Generationen hinaus ein Erwachen der schwarzen Rasse nicht zu erwarten steht, daß aber andererseits der Belgier nicht isolieren kann. Ist es doch Norden auf seiner ganzen Reise nur wenige Male gelungen, belgischen Kolonisten zu begegnen, die mit ihrem Volk zufrieden sind. Er sagt wörtlich: „Ob nun der Grund für diese merkwürdige Erscheinung der ist, daß die Belgier mehr als andere Nationen an ihrer heimatischen Scholle hängen oder ob ihnen der Abenteuergeist fehlt, der Männer und Frauen hinstreift in die weite Welt, um in neuen Ländern Geschlechter zu gründen und Vermögen zu erwerben, wage ich nicht zu entscheiden; aber das eine muß jedem nüchternen Beobachter auffallen: wie wenig Begeisterung die Belgier für das Leben in ihrer einzigen Kolonie aufbringen.“ Ja, die Beamten im Kongo betrachten das heute ihre Identität als eine Art Strafe, eine Verbannung, die man unwillig trägt und aus der zu entfliehen man sich nicht wagt. Gelingen es nicht, diese Kritik des Amerikaners, der sich bewußt fremde Realitäten zu machen, verdient darum umso eher genommen zu werden, weil er der Gofffreundlichkeit und Ver-

ständlichkeit, überhaupt den menschlichen Eigenschaften der einzelnen Beamten Dankbarkeit und volle Anerkennung entgegenbringt. Nordens Buch beschreibt ein Gebiet, über das seit den Tagen, da Wissmann mit seiner Expedition in den Kongo vordrang, keine allgemein interessierende zusammenfassende Schilderung vorliegt, was wohl nicht zuletzt in dem vom Autor immer wieder betonten Mißtrauen der Belgier gegen Fremde sowohl als gegen ihre Landsleute begründet ist; die Belgier haben den Forscher im Kongo nie gern gesehen. „Auf neuen Pfaden“ hat Norden sein Buch überschrieben, und in der Tat kann er sich rühmen, der erste zu sein, der rein um der Fremde am Reichen willen den beschwerlichen Weg durchs Herz des dunklen Erdteils gezogen ist, teilweise auf Pfaden, die seit Wissmann kein Forscher betreten, teilweise durch Gebiete, die überhaupt außer gelegentlich einem verirrten Missionar oder Arzt keinen Besuch gesehen. Norden ist weit in der Welt herumgekommen, er ist kein Ge-

Volkswirtschaft.

Die Teuerungszulagen zu den Renten der Pensionsversicherung.

In der letzten Zeit hat eine Reihe von politischen Tagesblättern Mitteilungen aus Unternehmungskreisen gebracht, die sich mit den Teuerungszulagen zu den Renten der Pensionsversicherung befassen und vor allem bemängeln, daß für die Auszahlung dieser Teuerungszulagen besondere Umfragen eingehoben werden, welche die Unternehmer aus eigenem tropen müssen. Besonders hat sich damit der „Industrielle Anzeiger“ („Prámyslový Vestník“) befaßt. Dazu erlaßt die Allgemeine Pensionsanstalt um Aufnahme folgender Erwiderung:

„Mit Dank entnehmen wir diesem Verste, daß die Industrie keine Einwände gegen die erwähnten Teuerungszulagen als solche erhebt, sondern daß sie nur immer einwendet hat, daß die Allgemeine Pensionsanstalt die Möglichkeit hat, sie aus eigenen Mitteln zu decken.“

Denn sich zeigen wird, daß die Allgemeine Pensionsanstalt diese Möglichkeit nicht hat, fällt dann auch der Widerspruch der Industrie gegen den bisherigen Vorschlag, welcher naturgemäß herweise von nun Jahr zu Jahr steigt.

Dieser Nachweis wird dadurch überzeugend dargestellt, daß die höheren Beiträge zu der Allgemeinen Pensionsanstalt, die durch ein Gleich bestimmt wird und auf genauen verhältnismäßigem Unterbau berechnet werden, nur die bis jetztigen feststehenden gleichen Ansprüche ohne Teuerungszulagen decken und überhaupt nicht näher nachgewiesen werden muß, daß der für eine einfache Rente berechnete Betrag nicht die viermal höhere Rente decken kann.

Die Allgemeine Pensionsanstalt warte also die Teuerungszulagen nur aus anderen Einkünften decken, wozu sie welche hätte. Die Allgemeine Pensionsanstalt hat aber keine anderweitigen Einkünfte und sie könnte zur Deckung der Teuerungszulagen nur die höhere Verzinsung anwenden, die sie aus ihren angelegten Darlehen hat. Es wird aber festgestellt, daß der ganze Effekt dieser höheren Verzinsung bei weitem nicht einmal zur Deckung der heutigen Teuerungszulagen ausreicht und in Zukunft noch viel weniger ausreichen würde, abgesehen davon, daß laut Beschluß der Kommission für die Novellierung des Pensionsgesetzes die höhere Verzinsung zur Erhöhung der Ansprüche pro prätorio ohne besondere Deckung seitens der Arbeitgeber und der Versicherten zu verwenden ist. Die Allgemeine Pensionsanstalt stellt weiters fest, daß sie zwar eine höhere Verzinsung aus ihren angelegten Darlehen hat, daß sie aber bis jetzt nicht das Vermögen der liquidierenden Allgemeinen Wiener Pensionsanstalt besitzt, deren Versicherungsanstalt sie übernommen hat und deren Renten sie ausbezahlt, daß sie ferner nicht das Vermögen einer ganzen Reihe von früher übernommenen Wiener Ergänzungsanstalten hat, daß ihr nicht einmal alle Ansprüche der Versicherten dieser Institute und Einrichtungen bekannt sind, daß sie noch neun Jahren Zinsen und Zinseszinsen aus diesem Vermögen verliert und daß der Verlust, der daraus entsteht, zum größten Teil den Gewinn aus der erwähnten Ueberverzinsung ausgleicht.

Die Allgemeine Pensionsanstalt braucht nicht dazulegen, daß der Bezug in dieser Beziehung nicht ihre Schuld und auch nicht die Schuld unserer Regierung ist.

Dieser Bezug, an dem sie nicht die geringste Schuld trägt und der sich nicht nur auf die Uebernahme des Vermögens bezieht, sondern auch auf die Uebergabe der Beiträge über die Versicherung und die übernommenen Versicherungen, ist auch der Grund, warum die Allgemeine Pensionsanstalt bis jetzt nicht ihre sogenannte mathematische Bilanz zusammenstellen konnte und kann. Denn diese Bilanz, in welcher auf der einen Seite alle an einem bestimmten Tage geltenden Ansprüche aus der Versicherung und auf der anderen Seite deren Deckung angesetzt werden müssen, kann sich natürlich nicht nur auf den bekannten Teil der Ansprüche und Vermögen beziehen, während der andere, bis jetzt unbekannt Teil ohne Beachtung bleibt. Ein solches Bild einer Bilanz darf doch nicht einmal ein Industrieunternehmen veröffentlichen. Um so weniger kann es die Allgemeine Pensionsanstalt, bei der dieser unbekannt Teil einen sehr einschneidenden Einfluß auf die Gelandsitzung haben kann.

Der bekannte Teil der mathematischen Bilanz wird in der mathematischen Abwägung der Allgemeinen Pensionsanstalt in ständigem Gleichgewicht geführt, daß sie zu jeder Zeit abgeschlossen werden kann, und überhaupt ist das gesamte, der Aufsatz mathematische Material so verarbeitet, daß es im Wortwörtlichen zur Reform des Pensionsgesetzes als Grundlage für das vorgeschlagene neue System der Kapitaldeckung mitgeteilt wird, welches neue System, ähnlich wie in der

Lehrer, aber ein sehr geschickter und fesselnder Erzähler, und er sieht mit offenen Augen die Völker und Landschaften unter der heißen afrikanischen Sonne, die seit den Tagen seiner Kindheit das Ziel seiner Sehnsucht bilden. Besonders wertvoll ist die eingehende Schilderung der Sitten und Gebräuche der Nafuda, des uralten Kulturvolks Innerafrikas, von dem wir noch sehr wenig wissen. Auch für die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Entwicklungslinien des weiten Gebietes hat er das richtige Verständnis — welches Amerikaner hätte nicht ein gut Teil von „Businessman“ in sich? Kupfer, Baumwolle und Diamanten, die tauschfähigen Schätze Innerafrikas, an Stelle des einst erhohten Goldes und Silbers, finden die ihre Bedeutung entsprechende Würdigung. Das mit vielen eigenen Erfahrungen des Verfassers geschmückte Buch hebt sich aus der Menge der neueren Reiseberichte über Afrika in Inhalt und Form als etwas Kufererwünschtes ab und verdient die volle Beachtung weitester Kreise.

Die Teuerungszulagen zu den Renten der Pensionsversicherung.

Arbeiterlosenversicherung, die Zukunft in einem höheren Maße betonen wird als dies heute der Fall ist, allerdings in einem solchen Maße, für welches die Verantwortung übernommen kann. Der „Industrielle Anzeiger“ hat recht, daß die Allgemeine Pensionsanstalt nicht die Jahresberichte veröffentlichen darf. Er sagt aber nicht, daß die Allgemeine Pensionsanstalt an Stelle dessen regelmäßig vierteljährliche Berichte über den Stand ihres Vermögens und über die Deckung herausgibt, ferner über den Stand ihrer Mittelschaft, über den Stand und die Art der Rentner usw. und daß sie überhaupt die wichtigeren Berichte über ihre Tätigkeit veröffentlicht. Es ist also daraus ersichtlich, daß die Allgemeine Pensionsanstalt mehr erlaßt, als das Gesetz ihr als Pflicht auferlegt.

Ebenso unrichtig ist der Vorwurf, den der „Industrielle Anzeiger“ gegen die Allgemeine Pensionsanstalt betreffend die Arbeitslosenunterstützungen und die Erklärungen erhebt. Beide Punkte der Tätigkeit sind der Allgemeinen Pensionsanstalt durch das Gesetz auferlegt.

Die Angelegenheit der Stellenlosenunterstützungen wurde früher schon einmal genau erörtert und es bleibt nur noch übrig hinzuzufügen, daß die Allgemeine Pensionsanstalt aus diesen Unterstützungen im Jahre 1926 bis zum 30. September, also in drei Vierteln von 266.320.— K ausgezahlt hat. Im Jahre 1925 (abzüglich für das ganze Jahr) wurden 682.975,71 K ausgezahlt.

Die Pensionsanstalt, welche in dem heutigen Jahrbuch nicht einmal die Allgemeine Pensionsanstalt befragt, soll vollständig in der Fabelle des Pensionsgesetzes reformiert werden. Die Allgemeine Pensionsanstalt hat dafür im Jahre 1926 2.293.920,47 K ausgegeben und in den drei Vierteljahren 1926 1.542.853,50 K. Es sei bei der Gelegenheit erinnert, daß die reichsdeutsche Anstalt für die Versicherung der Privatangestellten (Anstalt der Allgemeinen Pensionsanstalt) für dieselbe Periode im Jahre 1925 11.843.000 RM., d. h. rund 65.000.000 K ausgegeben hat oder umgerechnet auf einen Versicherten ungefähr 40 K., während die Allgemeine Pensionsanstalt nur 10 K. auswirft.

Was schließlich die Zusammenlegung der Verwaltungskommission der Allgemeinen Pensionsanstalt betrifft, so wurde diese Kommission im Jahre 1920 ohne Anhörung und Zustimmung der Anstalt ernannt.

Trotz es aber Wunsch aller ihrer Mitglieder ist, daß sie ehestens durch frei gewählte Verwaltungsorgane ersetzt wird, geht daraus hervor, daß diese Kommission im Jahre 1922 einstimmig das Ansuchen beschloß, eine solche Wahl durchzuführen. Sie hat damals schon eine Wahlordnung vorgeschlagen, wobei jede Ueberzeugung, jeder Stand jede Stimme, geltend gemacht werden konnte. Dabei blieb das Ansuchen um Durchführung der Wahl erfolglos.

Es ist zu hoffen, daß im Jahre 1927 die Novelle des Pensionsgesetzes beschleunigt werden wird und daß in der kürzesten Zeit dann die Wahl der neuen Verwaltungskommission durchgeführt wird, eine Wahl also, die richtiger ist als irgendeine Ernennung, wobei es immer mehr Unzuträglichkeiten als Zufriedene gibt.“

Was die Unorganisierten dem Staat erwidern.

Im Jahre 1926 waren in Austria in den einzelnen Monaten des Jahres 11.300 Rentchen arbeitslos (die Arbeitslosen jedes Monats gezählt und zusammengekommen), wovon 3375, also ungefähr ein Drittel, unterstützt wurden. Die anderen waren gewerkschaftlich nicht organisiert, infolgedessen hat der Staat auch keinen Beitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung geleistet. Es hat also der Staat im Ausmaß der Unterstützung zwei Drittel der Arbeitslosen unterhalten, was sonst den Arbeitslosen zufließen wäre. Der Staat kann mit den unorganisierten Arbeitern vollkommen zufrieden sein.

Die Konzentration der Industrie in der Tschcho lowa ei.

Zwischen den Kriß-Verken in Prag und den Bergmann-Werken in Bodenbach bestand schon bisher eine Interessensgemeinschaft. Nun sollen diese beiden Betriebe in nähere Verbindung mit der reichsdeutschen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft treten, die eine enge Zusammenarbeit zum Ziele hat. Es soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, an welcher alle drei Unternehmungen beteiligt sind. Den beiden tschechoslowakischen Werken soll die Benützung der A. E. G. Patente zugesprochen werden.

Das Papierkartell fertig.

Die Beratungen der tschechoslowakischen Papierfabriken betreffs Gründung eines Papierkartells sind in der Form abgeklungen worden. Es wurde eine vollständige Verständigung betreffs die Quote und einer gemeinsamen Verkaufsausschuss erzielt. Die Kartelle wird alle Erzeugnisse der tschechoslowakischen Papierindustrie, mit Ausnahme von Zigarettenpapier, einheitlich verkaufen.

Kommunisten klagen B. A. der Union nach § 3 d. B. A. G. bei der Schiedskommission, weil sie sich weigern, Betriebsgendarmen zu stellen!

Man weiß nicht mehr, ist es kommunistische Dummheit oder Unfähigkeit, oder Mangel an Klugbewußtsein, was diese Leute aus einer Plamagie in die andere treibt. Am 27. Jänner fand bei der Schiedskommission in Trautau ein Verhandlung statt bei welcher über eine Beschwärde der kommunistischen Gewerkschaft gegen die B. A. der Union verhandelt werden mußte. Der Grund war ein persönlicher Streit zwischen dem B. A. der Union und dem bei dem A. A. Verbandsorganisierten Herrn Matyas aus Jurgubuch. Bereits soll man sich Namen gegeben haben weil aber das Unionsmitglied B. A. H. so sollte er abgesetzt werden, wohnwegen der Kommunisten straflos ausgehen wollte. Bezüglich der ganzen Geschichte ist daß diese Beschwärde von der kommunistischen Sektion ausgeht, dessen Vertreter der Herr Schenk ist. Das B. A. Mitglied der Union soll seine Pflichten größtenteils verlegt haben, weil er nach dem § 3 d. B. A. G. nicht für Disziplin Ruhe und Ordnung im Betriebe aufzukommen ist. Selbst die kapitalistische Firma hat sich in diesen vorläufigen Streit nicht hineingemischt, weil solche Sachen vor das ordentliche Gericht gehören und hat von einer Funktion des B. A. als Betriebsgendarm Abstand genommen. Nur den Kommunisten blieb es überlassen, mit der Beschwärde vor die Schiedskommission zu gehen und zu verlangen, daß der Betriebsauschuss Betriebsgendarmen zu sein hat oder abgesetzt werden muß. Während Herr Schenk eine abstrakte ungeschickte Rede hielt, welche den bürokratischen Vertretern zeigt, daß ihm das B. A. G. ein französisches Dorf ist beantragte Herr Gebhardt nach § 21 d. B. A. G. die kostenpflichtige Ablehnung der Beschwärde. Nach längerer Beratung gab der Senat diesem Antrag statt und wies das weitere kommunistische Ansuchen ab. Nur die klugbewußte Arbeiterklasse bedauert diese Ablehnung einen ungeheuren Vorteil, weil nun die Unternehmer nicht mit denselben Wünschen kommen können. Diese Beschwärde ist das höchste was sich die Kommunisten leisten können. Auch Sie, Herr Schenk, werden noch etwas besser die Gesetze studieren müssen!

Kunst und Wissen.

Neueinstudierung „Kriadne auf Kago“. Die Oper bereitet für Donnerstag Richard Strauß' „Kriadne auf Kago“ vor, die neuinstudiert und in mehreren Hauptpartien neu besetzt im Spielplan erscheinen wird. Die Hauptpartie singt zum ersten Male Suzanne Sicha, den Komponisten Sophie Karsl. Die übrigen Partien sind mit den Damen Olga Barco, Klara Martin und Ida Schwarz und den Herren von dem Bruch Gustaf, Helmer, Sachs, Hagen, Hermann Lohr, Ludwig, Reiter und Stefanovic, besetzt. Musikalische Leitung: Alexander Zemlinsky, Spelleitung: Louis Kober.

Die nächste Schauspielere „Hucht“. Für Sonntag, den 6. Feber, ist in der kleinen Bühne die Uraufführung von „Hucht“ (Eskape) ein Bild in einem Vorpiel und neun Episoden von John Galsworthy angelegt. Das neue Werk des englischen Engländer, das bereits von zahlreichen Bühnen zur Aufführung angenommen ist entrollt dramatische Spannung und Wirkung. Die tragende männliche Hauptrolle spielt Herla Köhler. Weiter sind in der Komität beschäftigt die Damen Bader, Frey, Grubel, Medelski und die Herren Bauer, Fischer, Zwickmann, Högl, Jantich, Kallpfer, Reinhardt, Reiner, Röhner.

Der 70. Geburtstag Friedrich Adler, dem die deutsche Welt eine Reihe wertvoller und erfolgreicher Werke verdankt, wird Samstag 10. Feber, in der kleinen Bühne mit einer Aufführung von „Karnedol“ aus seinem Einakter „Arbeitsheil“ begangen werden. Die Aufführung, der der Autor beisehen wird, wird durch einen Prolog eingeleitet werden. Den Abend beschließt eine Neuinstudierung von Kleists „Verdronnenen Krug“.

Neueinstudierung „Die Fledermaus“. Johann Strauß' lustige Operette „Die Fledermaus“ erscheint Sonntag, den 6. Feber, neuinstudiert und in einigen Hauptpartien neu besetzt, wieder im Spielplan. Die Rolle des Kapitäns Tom Schiller, die Olga Barco, den Obersten von dem Bruch den Franz Bauer, den Altes Helmer, den Hofe Doren, den Groß Hühmann, Musikalische Leitung: Ernst Waldgang Spelleitung: Ludwig v. d. Frank.

Die Oper bringt heute Richard Wagners „Lohengrin“. Dirigent: O. v. Steinberg und Denkung eine Wiederholung von Verdi's „Macbeth des Schicksal“.

„Im weißen Röhl“, das Lustspiel von Blumenfeld und Ribelburg, dessen Neuinstudierung wegen zahlreicher Erkrankungen verschoben werden mußte, wird Samstag wieder im Spielplan erscheinen.

Die Regier-Revue „Black People“, die nächst-
 kürzeste am Freitag (vor halbblondem Hause) und
 Samstag im Deutschen Theater produziert wurde,
 kann sich in der Aufmachung nicht im mindesten mit
 dem besten, was in Paris oder Berlin unter dem
 Namen Revue in den Kunsthandel gebracht wird;
 und auch das mit den Regiern ist nicht, wie üblich,
 zu nehmen, denn wirklich Schwarz waren nur sehr
 wenige zu sehen und zu hören, die übrigen scheinen
 durch verschiedene Kaffeemischungen zu ihrem
 Teppich und zu ihrer ziemlich „blonden“ Hautfarbe
 gekommen zu sein. Dennoch ging man nach dieser
 Revue befriedigter nach Hause, als einem das etwa
 dem „Gebrauch“ einer der Hunderttausendoperetten
 gegönnt ist. Wenn hier überhaupt von Kunst die
 Rede sein kann, so immer noch eher bei den Ver-
 fassern und Darstellern dieser Revue, die eine Seite
 satirisch beherzigen: den Humor, den Witz, das un-
 geschändete Fröhlichkeit, den Stumpfsinn, der sich
 aber sich selber lustig macht und so nicht ändert,
 sondern erträgt. Das tanzt und springt, singt und
 lärm, spielt und heult durcheinander, das man erst
 überhaupt nicht aus dem Staunen kommt und selbst
 am Mittwoch noch nicht so gelangweilt ist wie im
 ersten Akt der Firtusprinzessinnen und Möbis. Die
 Musik, eine Art stilisierter Jazz-Band, begleitet nur
 auf ihre Weise die skurrilen vorübergehenden Bil-
 der, Räuseln und Weiseln vorziehen einem mit
 ihrer satirischen Tongangfertigkeit den Atem und
 wenn sie und da ein sentimentaler Schnapsfetzen
 sich dazwischen schiebt, so ist's, als ob die Leuten
 zogen wollten: sehr, unsere Schimmis und Char-
 lottens, unsere musikalischen Vorgänge und urkom-
 ischen Grottesken sind noch immer besser als diese
 schmalzigen Gefühlsduselei. „Black People“ ist freies,
 herzliches Lachen aus — und das ist immer mehr
 wert als die ewigen jämmerlichen Verjüchte, die
 berühmte Lieder zwischen Fürstentum und armen
 Teufel in Klüft zu legen, was man dann mit der
 Zuwege von einigen Kolonern als Beitrag zu einer
 besonderen „Kunstgattung“ hinhacken soll. I. g.

Emmi Reizner, die Berliner Meislerkünstlerin und
 Kammerfängerin, gab am Freitag im großen Lu-
 zernsaal einen Kriens- und Liederabend. Nicht um-
 löst gerührt diese Künstlerin, deren hervorragende
 Gesangskunst und phänomenale Stimme wir erst im
 vergangenen Herbst bei den Chorkonzerten der Ber-
 liner Singakademie bewundern konnten, den Ruf, die
 beste Altistin der Welt zu sein. In der Tat, so oft
 man die in allen Tönen gleich voll ausströmende,
 unerschöpflich umfangreiche und gewaltige und durch
 edelste Gesangskultur geformte Stimme dieser Alt-
 istin hört, offenbart sich einem das Wunder wirk-
 licher Gesangskunst, die heute leider im Aussterben
 begriffen ist. Besäße Frau Reizner auch die Kunst
 der Selbstkritik und erlebenden Eindringlichkeit des
 Vortragenden, sie wäre die vollkommene Gesangskün-
 stlerin der Gegenwart. Auch das Programm der
 Künstlerin war nicht einwandfrei in stilistischer Hin-
 sicht: Operarien gehören ebenso wenig auf die
 Vortragsordnung eines Liederabends wie Richard
 Strauss als Liederkomponist in die Gesellschaft
 Schubert's und Hugo Wolf's. In Alexander
 Kemmling's hatte die Künstlerin einen in jeder
 Hinsicht kongenialen Begleiter am Flügel. Daß das
 Prager Publikum der Liederabende an Konzerten in
 der letzten Zeit vorübergehend, mußte auch
 Frau Reizner an sich erfahren; kann ein Drittel des
 großen Luzernsaales hätten die Kenner und Ver-
 ehrer ihrer großen Gesangskunst.

Konzert Emil Bauer, letztes in dieser Saison,
 findet schon am 11. Februar im Smetanosaal statt.
 Karten Truhlar, Böhler.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Serie,
 Sonntag, 2 1/2 Uhr. Bund deutscher Beamter: „Ra-
 schelbinder“. 7 Uhr: „Lannhäuser“ (70-2).
 — Montag, 7 1/2 Uhr: „Keine entscheidende
 Frau“ (71-3). Dienstag, 7 Uhr: „Nacht des
 Schicksals“ (72-4). — Mittwoch, 7 Uhr: „Gar-
 ten Eden“ (73-1). — Donnerstag, 7 Uhr, neu-
 einstudiert: „Kriades auf Naxos“, Szenen-
 sprang (75-3). — Freitag, 7 Uhr: „Die
 Nini“ (74-2). — Samstag, 7 1/2 Uhr, neu einstu-
 diert: „Im weißen Röhl“ (76-4). — Sonntag,
 12 Uhr: Bedemantive Julia Gulp. 2 1/2 Uhr:
 Arbeitervorstellung „Jausa“, 7 Uhr, neu einstudiert:
 „Die Fiedermaus“ (77-1). Montag, 7 Uhr:
 „Spangelmänn“ (78-2).

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 3 Uhr:
 „Die neuen Herren“, abends um 7 1/2 Uhr:
 „Spiel im Schloß“. — Montag, Volkstheater-
 vorstellung: „Die zerbrochene Leiter“. Dien-
 stag: „Spiel im Schloß“. — Mittwoch: „D-
 lar, laß dich nicht verführen“. — Donner-
 stag: „Die neuen Herren“. — Freitag: Kultur-
 verband: „Dover-Calais“. — Samstag: „D-
 lar, laß dich nicht verführen“. — Sonntag,
 3 Uhr: „Spiel im Schloß“. 7 1/2 Uhr: Premiere
 „Flucht“. — Montag, Volkstheater-vorstellung:
 „Doktor Sieglitz“.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Bohnenprogramm.

Heute, 11 Uhr: „Die Alpine Gletscher-
 welt“, Kulturfilm. Dazu: „Die Erzeugung
 der amerikanischen Automobile. Großer
 technischer Kulturfilm.“
 Montag, halb 8 Uhr: „Konzertabend“ des
 Deutschen Männergesangsvereins Smetana. Der
 deutsche Männerchor in der ersten Hälfte des XIX.
 Jahrhunderts. C. v. Weber und sein Kreis.“ Mit-
 wickend: Fel. Schwarz — Josef Bezecky. Chor-
 leitung: Prof. Bezecky.
 Montag, 8 Uhr: „Die Alpine Gletscher-
 welt“ und „Das Automobil“. Kulturfilm.
 Dienstag, 3 Uhr: „Jugendveranstal-
 tung“ zu den Semesterferien: „Der kleine
 Bettelmusikant“ mit dem Stiefel der Kin-
 der, Josie Coogan.
 Dienstag, 8 Uhr: „Dorothea Anger-
 mann“. Hauptmann-Abend. Einl. Worte: Rektor
 der Urania Fuder. Mit Beispielen aus dem
 neuesten Drama.
 Dienstag, 8 Uhr: Urania-Ballettserie.
 Mittwoch, 11 Uhr: Kindermärchen-Koch-
 mittag für alle kleinen deutschen Kinder Groß-
 Prags: „Kumpelstücken“, Das Märchen von
 der guten Königin und dem bösen Zwerg. Dazu:
 „Märchen“ mit Lichtbildern erzählt vom Lehrer
 Holz.
 Mittwoch, 6 Uhr: Erziehungsberatung.
 Freitag, 7 Uhr: Urania-Radiobund.
 Freitag, 8 Uhr: „Wege zur Gesundheit,
 Kraft und Schönheit des menschlichen
 Körpers“, mit Lichtbildern. Univ.-Prof. Dr. R.
 Walle.
 Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm. 4595
 Dazu sämtliche Kurse der Urania-Volks-
 hochschule.
 Gesamtauführung der Beethoven'schen Sympho-
 nien. Wiener Philharmoniker. Dirigent: Felix
 Weinberger. Erm. Abonnements für Urania-
 Mitglieder.
 Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieds-
 karten-Einsparungen, Mitglieder-Kwan-
 medungen täglich: Hofstraße 10-11 und 3-7 Uhr.
 Smetischlag T. 20429. 4535

„Wran-Urania-Kino“.

„Prinzessin Teulala“. Das beste und amüsant-
 ste Lustspiel der heutigen Saison! Große mon-
 däne Revue! Billion Harve und Doris Salm.
 Ein Goldberg-Film allerersten Ranges! Wran-
 Urania-Kino, heute 1/6 und 8 Uhr. Smetischlag-
 gasse T. 20429. — Morgen Sonntag auch 3 Uhr.
 Montag 1/6 Uhr.

Zentralverband der Angestellten in In-
 dustrie, Handel und Verkehr. Freitag, den
 4. Februar, wichtige Ausschreibung des
 Zentralverbandes der Angestellten in In-
 dustrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe
 Prag, um 8 Uhr abends im Verein deutscher Ar-
 beiter, Prag II, Smetischlaggasse 27.

Sozialistische Jugend Prag. Mittwoch, 2. Februar,
 8 Uhr abends, im Verein deutscher Arbeiter, wichtige
 Monatsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder
 notwendig.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch
 Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
 Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.
 Für den Druck verantwortlich: O. Solit.

Lautsprecher
 unerreicht in Form, Klang-
 fülle und Tonreinheit.

Gleichrichter
 ladet automatisch den
 Akkumulator zu Hause.

Anodenspannungsapparat
 zum Anschluß an das Licht-
 netz. Ersetzt vollkommen
 die Anodenbatterie.

PHILIPS

KAUFET NUR PIERINGS HELLA SUPPENWÜRZE SIE IST DIE BESTE

**Die Kreisgewerkschaftskommission
 Warnsdorf sucht einen
 Gewerkschaftssekretär**

Reflektanten müssen eine jährige Mitgliedschaft
 in der Gewerkschaft nachweisen, sowie organisatorisch
 und rednerisch befähigt sein. Der Bewerber wäre
 beizufügen eine Schilderung des Lebenslaufes und
 der bisherigen Tätigkeit. Gehalt nach Vereinbarung.
 Offerten sind bis längstens 1. März 1927 an die
 Kreisgewerkschaftskommission in Warnsdorf IV.,
 Döllingerstraße 1442, zu richten. 10076

Kuh & Kretsch
 Erzeugung sämtlicher feiner Liqueure,
 Rum und Brandy etc. sowie alkoholfreier
 Getränke

Teplitz-Schönau
 Engros-Verkauf im Hofgebäude
 Büro I. Stock
 Eingang durch den Hausflur.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des
 Konsumvereines SELCHWAREN der Firma
HEGNER & Cie., PILSEN

Seichwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN,
SIND DIE ALLERBESTEN!

SCHILLERS WEISSE WOCHE

Beste und billigste Möglichkeit
 zum Einkauf von

**Damen-, Tisch- u. Bettwäsche
 sowie weißer Waren aller Art**

MODENHAUS SCHILLER A.-G.
 PRAG, Na Příkopě 7-11.

Vom 31. Jänner
 bis 10. Feber.
 Täglich 4-6 Uhr
 Konzert.

Postversand
 gegen Nachnahme.

Jeder Käufer
 erhält ein Geschenk.